

Die Globalisierung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik¹

The Globalisation of Japan's Security and Defence Policies

Frank Umbach

One of the most remarkable and often overlooked strategic changes in the Asia-Pacific region during the last decade is the transformation of the Japanese military as a traditional reluctant actor, »civilian power« and »free rider« to a »normal« military power with wide-ranging security implications for regional and global security affairs. This analysis gives an overview of these remarkable changes (including the Japanese-US security alliance) since the mid 1990s and tries to answer the following questions: (1) whether the events of September 11, 2001 were the real catalyst for all the changes or whether those changes were already underway since the mid-1990s, and (2) whether the changing security environment (i.e. 9/11) prompted those changes of Japan's security and defense policies as a traditionally perceived »adaptive state« in the light of the historic Meiji revolution, or whether domestic factors also help to explain those changes.

1. Dieser Beitrag ist im Rahmen eines zweijährigen Forschungsprojektes der Fritz-Thyssen-Stiftung am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin entstanden.

1 Einleitung

Im Zuge der anhaltenden China-Lastigkeit der deutschen und europäischen Asien-Debatte sind in den letzten Jahren wiederholt strategische Entwicklungen in den anderen ostasiatischen Staaten weitgehend verschlafen und übersehen worden. Dies gilt insbesondere für den bemerkenswerten Wandel der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der weit reichende geopolitische Auswirkungen auf der regionalen und globalen Ebene hat. Im Windschatten der Terroranschläge vom 11. September 2001, des globalen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen hat in Japan – der gegenwärtig (Ende 2007) zweitgrößten Volkswirtschaft und viertgrößten Exportnation der Welt sowie der größten Wirtschaftsmacht in Asien – ein bemerkenswerter Umdenkprozess in der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stattgefunden. Auch unter den größten Optimisten unter den westlichen Japan-Experten sowie den außen- und sicherheitspolitischen Fachleuten in Japan selbst wurde es noch Mitte der 1990er Jahre für weitgehend unmöglich gehalten, dass Japan als traditioneller »Trittbrettfahrer« (INOUCHI 1984) und »Zivilmacht« (MAULL 1990) mit einer »Kultur des Antimilitarismus« (BERGER 1998) schon wenige Jahre später Soldaten in den Irak schickt, Peacekeeping-Einsätze ausweitet und die japanische Verteidigungsbehörde (Japan Defence Agency/JDA) in ein offizielles Verteidigungsministerium aufwertet.

Allerdings war die japanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit den 1980er Jahren von zunehmender Ambivalenz gekennzeichnet. Von 1945 bis Ende der 1990er Jahre huldigte Japan mehr noch als Deutschland häufig einem idealistischen Pazifismus, während es weltweit in den 1990er Jahren den zweit- bzw. drittgrößten Verteidigungshaushalt aufwies und mit 240 000 Mann, 54 Kriegsschiffen und über 300 Kampfflugzeugen über die technologisch bestausgerüsteten Streitkräfte ganz Asiens verfügte. Dennoch bestand Japan in seiner offiziellen Selbstdarstellung darauf, dass es kein wirkliches Militär besitze, sondern lediglich »Selbstverteidigungsstreitkräfte« (Self Defence Forces, SDF), deren Einsatz verfassungsmäßig auf die Verteidigung des eigenen Territoriums begrenzt sei. Die bis Ende der 1990er Jahre zunehmende Ambivalenz in der Sicherheitspolitik Japans war einerseits von einer präzedenzlosen Militärkooperation mit den USA im Rahmen der US-Japanischen Sicherheitsallianz gekennzeichnet, andererseits weiterhin von tradierten verfassungspolitischen Auffassungen und pazifistischen Überzeugungen in der breiteren Öffentlichkeit geprägt.

Die anhaltende Wirtschaftsmisere, die Reformunfähigkeit Japans und die Abhängigkeit Tokyos von den USA schienen auch Ende der 1990er Jahre die außen-

sowie sicherheitspolitischen Optionen Japans selbst in der mittelfristigen Zukunft stark einzuschränken. Vor diesem Hintergrund wurden auch die zukünftigen Gestaltungsmöglichkeiten Japans auf die Beherrschung der neuen regionalen und globalen Sicherheitsherausforderungen als eher marginal angesehen (MAULL 2002: 270).

Die außenpolitischen Entwicklungen nach dem 11. September 2001 führten dann erstmals zur Entsendung von Schiffen der japanischen Marinestreitkräfte in den Indischen Ozean zur logistischen Unterstützung der Koalitionsstreitkräfte für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus in Afghanistan. Japan schickte sogar mehr als 600 Soldaten und weitere 400 zivile Experten für einen Einsatz in den besetzten Irak, optierte zusammen mit den USA für eine begrenzte Raketenabwehr (*theater missile defence*) und unterzog die eigenen Streitkräfte größeren militärischen Reformen. Diese stellen die traditionelle Zurückhaltung gegenüber dem Einsatz der eigenen Streitkräfte in der Außenpolitik zunehmend in Frage.

Bei der Neuausrichtung der japanischen Sicherheitspolitik spielt die amerikanisch-japanische Sicherheitsallianz eine zentrale Rolle. Zudem wurde die Interpretation des Artikels IX der »Friedensverfassung« von 1947 so weit gedehnt und neu interpretiert, dass die kürzlich zurückgetretene Abe-Regierung auch vor einer offiziellen Revision des Artikels nicht länger zurückschreckte, obwohl sie dafür eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern des Parlaments benötigt und eine solche Revision bis dahin politisch als nicht durchsetzbar galt.

Die Neuausrichtungen orientieren sich dabei nicht nur an regionalen, sondern auch an globalen Sicherheitsherausforderungen. Demgegenüber standen bis zum Jahr 2001 für die japanische Sicherheitspolitik regionale Sicherheitsprobleme im Vordergrund. Bis dahin galt ein größerer bewaffneter Einsatz der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte im internationalen Krisenmanagement als weitgehend ausgeschlossen. Als viertgrößte Exportnation der Welt ist Japan jedoch besonders von der wirtschaftlich-politischen Stabilität ausländischer Märkte und Staaten abhängig. Dies gilt insbesondere für die hohe Abhängigkeit von Rohöl- und Flüssiggasimporten (LNG) aus dem Mittleren Osten (UMBACH 2006). Daher wird auch in der außen- und sicherheitspolitischen Elite Japans eine zunehmende »Globalisierung der Sicherheitspolitik« konstatiert, die zunehmend direkte und indirekte Auswirkungen auf das eigene Land sowie die regionale Stabilität haben können.

Die Neuausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist aber nicht nur für Japan und seine traditionelle Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik von großer Relevanz, sondern auch für die Nachbarstaaten Japans und damit auch für die regionale politische Stabilität in einem Umfeld, das noch immer von ausgeprägtem historischen Misstrauen und zunehmenden strategischen Riva-

litäten (insbesondere zwischen Japan und China sowie China und Indien) gekennzeichnet ist. Daher überrascht es nicht, dass in der asiatisch-pazifischen Region – im Gegensatz zu Europa – seit 2001 kaum eine andere sicherheitspolitische Frage (neben dem Aufstieg Chinas) so viel Aufmerksamkeit und zuweilen auch Misstrauen hervorgerufen hat wie jene des »Aufwachens des japanischen Samurai« und seine Folgen für die regionale Stabilität (BOYD 2003). Vor allem in der VR China und Südkorea haben die Veränderungen neue Ängste gegenüber weitergehenden japanischen Ambitionen ausgelöst. Zudem halten es einige westliche Experten nicht für ausgeschlossen, dass die zukünftige »Normalisierung« und »Globalisierung« seiner Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht nur positiv gestaltet wird, sondern Japan auch »erratischer, fordernder und unberechenbarer« werden könnte (HUGHES und KRAUSS 2007: 157).

Die zunehmende Ambivalenz und die Veränderungen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans werfen somit grundsätzliche Fragen zu Richtung, Motivation, Handlungsoptionen Tokyos und den Auswirkungen auf die regionale sowie globale Stabilität auf. Dies gilt um so mehr, als es vermehrt Anzeichen für eine Abschwächung pazifistischer Grundüberzeugungen und Diskussionen über die zukünftige nationale Identität des Landes gibt, die sich auch auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik erstrecken. Diese könnten somit auch eine Änderung verfassungsrechtlicher Normen erzwingen (Erlaubnis kollektiver Verteidigung). In Verbindung mit weiteren grundlegenden Reformen in der Verteidigungspolitik kann auch ein Bruch oder zumindest eine signifikantere Modifizierung der bisherigen »strategischen Sicherheitskultur« (security culture) (JONES 1990; JOHNSTON 1995; KERR 1998; KATZENSTEIL 1996; GRAY 1999; BALL 1993) Japans nicht länger ausgeschlossen werden. So konstatiert der deutsche Japan-Experte Dirk Nabers bereits einen »sicherheitspolitischen Identitätswandel« (NABERS 2006).

Die folgende Analyse will einerseits einen Überblick über den bemerkenswerten Wandel der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben, andererseits die Gründe und Ursachen hierfür hinterfragen. Dabei soll insbesondere auch der Frage nachgegangen werden, ob die Ereignisse der Terroranschläge vom 11. September 2001 und die Folgewirkungen eine Art neue »Meiji-Revolution« in dem Sinne begründet haben, dass vor allem neue äußere Bedrohungsfaktoren und somit äußerer Druck grundlegendere innenpolitischen Reformen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Japan begründet haben. Demnach könnte einmal mehr die traditionell Japan zugesagte Eigenschaft seiner Anpassungsfähigkeit an veränderte äußere Umstände als der wesentliche Erklärungsansatz gelten. Doch muss hierbei auch hinterfragt werden, ob nicht auch innenpolitische Entwicklungen und Deter-

minanten für diesen Wandel mit berücksichtigt werden müssen. Auch ist der Frage nachzugehen, ob die japanische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erst mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 einer Neuausrichtung unterworfen wurde oder aber nicht bereits seit den 1990er Jahren ein derartiger Wandel antizipiert werden konnte.

2 Japans Sicherheitspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg

2.1 Die traditionelle japanische Sicherheitspolitik bis Mitte der 1990er Jahre

Aufgrund seiner militärischen Zurückhaltung in der Außen- und Sicherheitspolitik schreckte Japan bisher vor einem größeren militärischen Engagement außerhalb seiner Territorialgrenzen zurück. Die »Zivilmacht« Japan beschränkte den Einsatz seiner Streitkräfte in der internationalen Politik durch nationale und internationale Normen auf die Verteidigung seiner Territorialgrenzen (MAULL 1990/91). Ein größeres militärisches Engagement Japans widersprach der bisherigen verfassungsrechtlichen Interpretation und galt daher als innenpolitisch nicht durchsetzbar (MAULL 2002). Stattdessen setzte Japan nach 1945 in seiner Außen- und Sicherheitspolitik auf das Prinzip des Multilateralismus, den Verzicht auf Nuklear- oder andere Massenvernichtungswaffen sowie den Aufbau und die Stärkung internationaler Institutionen. Damit hoffte Japan seine nationale Sicherheit sowie wirtschaftliche und politische Interessen international zu wahren.

Dies kann auch als Weiterentwicklung der ursprünglichen Yoshida-Doktrin vom Anfang der 1950er Jahre angesehen werden, als Ministerpräsident Shigeru Yoshida einerseits einen gewissen Grad der Verantwortung für die nationale Verteidigung Japans akzeptierte und mit der Nationalen Polizeireserve 1950 und den Nationalen Sicherheitskräften 1952 die Vorläufer für die Gründung der JSDF 1954 schuf. Als Gegenleistung erhielt Japan umfassende und effektive amerikanische Sicherheitsgarantien für die Verteidigung des Landes unter dem nuklearen Schutzschirm der USA. Die Begrenzung der nationalen Verteidigungsfähigkeiten diente dabei nicht nur innenpolitischen Zielen im Einklang mit der Friedensverfassung, sondern waren auch Resultat der Sorge, dass sich Japan zu stark globalen amerikanischen Sicherheitsinteressen unterwerfen müsse. Basierend auf dem Prinzip der individuellen nationalen Selbstverteidigung wurde jeder amerikanische Versuch, Japan in ein kollektives Militärbündnis einzubeziehen, abgelehnt. Insoweit war Japan zu keinerlei militärischer Unterstützung und Hilfeleistung von US-Truppen außerhalb Japans verpflichtet (HUGHES 2004: 22–31).

Ein erster diplomatischer Schock resultierte aus dem zweiten Golf-Krieg 1990/91, in dem sich die japanische Regierung auf eine »Scheckbuch-Diplomatie« beschränkte, die trotz der 13 Milliarden US-Dollar Unterstützung des Krieges schon bald als »zu wenig, zu spät« heftig kritisiert wurde. Eine solche Politik des »too little, too late« war zukünftig nicht noch einmal möglich, wenn die Bündnisbeziehungen zu den USA nicht schwerwiegendsten Schaden leiden sollten. Sie widersprach aber auch einem neuen Selbstbewusstsein und einem wiedererwachenden Nationalismus, der Japan als gleichberechtigtes Mitglied mit allen Rechten, aber auch Pflichten als »normale Nation« in eine größere internationale Verantwortung zu drängen versuchte. Die Wahrung der nationalen außenpolitischen Einflussnahme wurde dabei aber nicht nur aus Gründen der Bewahrung der Sicherheitsallianz mit den USA gefordert, sondern auch aus Argwohn und Misstrauen gegenüber einer zu dominanten Weltpolizistenrolle der USA, die immer weniger auf die Interessen Japans Rücksicht zu nehmen drohte. Aus Sicht Washingtons galt dies aber nur dann, wenn Japan sich weiterhin weigern sollte, international größere außen- und sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen.

Die Widersprüchlichkeit der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik in jenen Jahren wurde durch Japans Streben nach einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat umso deutlicher, da er aus Sicht anderer UN-Mitglieder nicht allein auf der Basis des japanischen Selbstbildes als Zivilmacht legitimierbar schien. Zudem hatten die Ereignisse des internationalen Kriseneinsatzes der NATO-Soldaten in Jugoslawien zur Folge, dass die klassische Unterscheidung zwischen Kapitel VI (Peacekeeping) und Kapitel VII der UN-Charta (militärische Zwangsmaßnahmen) nur in der Theorie und auf dem Papier derart klar unterscheidbar war. Dies aber widersprach den verfassungsrechtlichen Beschränkungen des Einsatzes von Soldaten der japanischen Selbstverteidigungstreitkräfte. Gerade aber weil innenpolitisch die UN auch gegenüber der Militärallianz mit den USA stets weit größeren Zuspruch fand und moralisch niemals strittig und ein solcher ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat für Japan außenpolitisch so sehr von Bedeutung war, klaffte zwischen Anspruch und Wirklichkeit der japanischen UN-Politik eine derartige Kluft, die realistischerweise nur von japanischer Seite verkleinert und geschlossen werden konnte. Ohne diesen Schritt aber war und ist ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat zumindest erheblich schwerer zu erreichen.

2.2 Erste Ansätze einer Neuausrichtung seit Mitte der 1990er Jahre

Eine erste vorsichtige Modifizierung der bisherigen japanischen Außen- und Sicherheitspolitik war in der 1997 proklamierten Hashimoto-Doktrin zu erkennen, auch wenn diese auf dem ersten Blick noch in starker Kontinuität der Yoshida- und Fukuda-Doktrinen stand (HASHIMOTO 1997; NODA 1997; MOCHIZUKI 1995; BAGINDA 1994; HUNSBERGER 1996; DRIFTE 1996). Gleichwohl war diese nach wie vor Bestandteil eines Konzeptes der »umfassenden Sicherheit« Japans, in dem die neuen multilateralen Institutionen (wie ARF und APEC) eine zentrale außenpolitische Rolle spielten. Zudem blieben die Verteidigungsausgaben in den 1990er Jahren konstant unter der von Tokyo selbst auferlegten Obergrenze von einem Prozent in Relation zum BIP, auch wenn Japan in jenen Jahren nominal den zweit- bzw. drittgrößten Verteidigungshaushalt der Welt hatte. Seit Mitte der 1990er Jahre ist jedoch zu beobachten, dass das militärische Element im japanischen Gesamtkonzept einer »umfassenden Sicherheit« (CHAPMAN et al. 1993; RADTKE und FEDDEMA 2000; KEVENHÖRSTER und NABERS 2003) aufgewertet wurde – auch wenn weiterhin an der grundlegenden Ausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik festgehalten wurde. Zudem zielte die Neuausrichtung der US-Japanischen Sicherheitsallianz 1996/97 auf eine Erweiterung des geographischen Einsatzgebietes nicht nur der US-amerikanischen, sondern auch der japanischen Streitkräfte. Die Revision der Verteidigungsrichtlinien sollte die zukünftige Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf Krisensituationen »im Umfeld Japans« orientieren, in welchem auch der Einsatz der japanischen Streitkräfte möglich sein sollte. Dieses »Umfeld« wurde jedoch bewusst nicht weiter geographisch präzisiert. Die japanische Regierung charakterisierte zudem die Revision der Verteidigungsrichtlinien als »situatives« und nicht als »geographisches« Konzept (UMBACH 2000a: 130–131). Gleichwohl wurden die für einen Krisenfall funktionalen Hilfsleistungen konkretisiert und durch entsprechende Gesetzesnovellierungen legitimiert. Diese Erweiterung des geographischen Einsatzgebietes für die SDF spiegelte sich fortan auch in konkreten Rüstungsprogrammen Japans wider.

Auf der nationalen Ebene erfolgten erste Diskussionen einer Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans vor dem Hintergrund der Regionalkonflikte auf der koreanischen Halbinsel ab 1994, der Taiwanstraße 1996 und in Folge des Starts einer ballistischen Rakete Nordkoreas 1998. Daraufhin wurde ein gemeinsames Forschungsprogramm mit den USA für eine regionale Raketenabwehr (TMD) verkündet sowie der Bau von vier Aufklärungssatelliten.

Insgesamt schien die Anpassung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans in den 1990er Jahren vor allem Folge des äußeren Drucks als einer strategi-

schen Neuorientierung in der Außenpolitik auf der Basis eines neuen innenpolitischen Konsenses zu sein. Im Wesentlichen blieben jedoch die Grundkonstanten der japanischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit die »strategische Sicherheitskultur« weitgehend unverändert.

Für die Aufwertung des militärischen Faktors in Japans »umfassendem Sicherheitskonzept« und seiner Neuausrichtung sind darüber hinaus folgende Faktoren anzuführen:

1. *Neuausrichtung der US-Japanischen Sicherheitsallianz:* Seit Mitte der 1990er Jahre drängte die USA auf eine größere Lastenteilung innerhalb des Bündnisses, das neu definiert und ausgerichtet wurde (COSSA 1997; CURTIS 2000; FUNABASHI 1999; GREEN und CRONIN 1999; MASASHI 2000; MOCHIZUKI 1997; UMBACH 2000a). Formal änderte sich jedoch an der grundsätzlichen Asymmetrie der Sicherheitsallianz nichts: die USA sind zwar verpflichtet, Japan militärisch zu verteidigen, doch gilt dies nicht im umgekehrten Verhältnis (mit Ausnahme amerikanischer Einrichtungen in Japan). Japan ist nur zur Bereitstellung amerikanischer Militärbasen auf japanischem Territorium und ihrer Finanzierung verpflichtet. Dennoch kam die Neuausrichtung dem gleichzeitigen Wunsch Tokyos entgegen, seinerseits eine größere Rolle zu spielen. Hierbei waren nicht nur nationale Prestige Gründe anzuführen, sondern auch eine zunehmende Bedrohungsperzeption gegenüber der VR China. Im Zusammenhang mit den neuen Verteidigungsrichtlinien von 1997 (TIDTEN 2003: 10ff.), die allerdings erst im Mai 1999 vom japanische Parlament verabschiedet wurden, sah auch das Nationale Verteidigungsprogramm von 1996 neue Streitkräftestrukturen vor, die eine Stärkung der japanischen Rolle in der asymmetrischen Sicherheitsallianz mit den USA und ein größeres Engagement in den Japan umgebenden Gebieten (»surrounding Japan«) zur Folge hatten (FUNABASHI 1999: 265–266).

Die schließlich vom japanische Parlament im Mai 1999 verabschiedeten neuen Verteidigungsrichtlinien sehen eine größere Rolle der SDF im Rahmen der gemeinsamen Sicherheitsallianz vor. In China wurden diese als ein weiterer Militarisierungsakt Japans kritisiert. Peking sah sich darin einmal mehr in seiner Perzeption bestätigt, dass einerseits die gemeinsame Verteidigungsallianz zwischen den USA und Japan vor allem gegen China gerichtet sei, andererseits Japan immer weniger seine Ambitionen für eine militärische Großmachtrolle in Asien verberge. Dies wurde als Wiederaufleben des alten imperialistisch-militaristischen Japans gewertet.

In der Tat wurde das nach dem nordkoreanischen Test einer Mittelstreckenrakete (offiziell als Satellitentest deklariert) im September 1998 offiziell verkündete gemeinsame Forschungsprogramm Japans und der USA zur Ent-

wicklung einer Raketenabwehr im regionalen Umfeld (Theater Missile Defense /TMD) keineswegs allein mit einer potentiellen nordkoreanischen Bedrohung begründet, sondern inoffiziell auch mit der verstärkten chinesischen Raketen- und Nuklearwaffenrüstung. In beiden Fällen fühlt sich Japan weitgehend schutzlos, da unter bestimmten Konstellationen der amerikanische Nuklearschirm und dessen Abschreckungskomponente nicht länger automatisch funktionieren würde.

2. *Japans Rolle in der UN und seine Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat:* Japan hatte seit 1993 im Rahmen seiner Präferenz einer multilateralen Diplomatie offiziell verstärkt versucht, innerhalb der UN eine größere Rolle zu spielen und dabei auch ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates zu werden (DRIFTE 2000: 1). Obwohl Japan in den 1990er Jahren der weltweit zweitgrößte Geldgeber der UN war, blieb die politisch-diplomatische Rolle Japans und der faktische Einfluss Tokyos in der UN begrenzt (obwohl Japan allein nicht weniger als 20% des gesamten UN-Budgets bezahlt, auch wenn es nur 14,4 Prozent Anteil am globalen BIP hat).

Aus Sicht vieler anderer UN-Mitglieder hatte Japan zwar alle Rechte, nahm aber keineswegs alle Pflichten wahr. Dies galt insbesondere hinsichtlich der militärischen Beteiligung an UN-Peacekeeping-Operationen. Statt dessen beschränkte sich Japan auch hier auf eine »Scheckbuch-Diplomatie«, Wahlbeobachtung durch Angehörige auch der JDA, den verstärkten Einsatz ziviler Experten und NGOs für den friedlichen Wiederaufbau, Hungerhilfe und andere Infrastrukturprogramme (ITO 2007; MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS 2007; AOI 2007).

Während ein Einsatz der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte äußerst begrenzt war (Kambodscha 1992/93) und dabei ohne Waffen zur Selbstverteidigung durchgeführt werden musste (die nicht einmal zur Selbstverteidigung benutzt werden durften), entstand in zahlreichen Konfliktgebieten der Welt bei UN-Einsätzen eine Grauzone des Einsatzes von UN-Soldaten zwischen Kap. VI und VII (das militärische Enforcement-Einsätze zur gewaltsamen Befriedung vorsieht und dabei auch ein aktives Vorgehen gegen einen Aggressor, notfalls mit allen militärischen Mitteln, zulässt). Während die japanische Außenpolitik noch 1996 hoffte, dass ein begrenzter Einsatz japanischer Streitkräfte im Rahmen von Kap. VI der UN-Charta möglich war, war die faktische Trennung zwischen Kap. VI und Kap. VII der UN-Charta (wie in Jugoslawien) immer weniger politisch realisierbar.

Immerhin hatte das neue Gesetz zu nationalen Peacekeeping-Einsätzen vom Juni 1992 den begrenzten Einsatz der SDF erlaubt, wie die Einsätze in Kambo-

dscha 1992/93 und im Dezember 2001 mit 680 Soldaten der japanischen Landstreitkräfte für den Wiederaufbau in East Timor zeigten (HUGHES 2004: 11–12). Zudem gestattete das Gesetz das Tragen von Waffen und dessen Anwendung für die individuelle Selbstverteidigung. Daher konnte es auch nicht überraschen, dass derartige Peacekeeping-Einsätze der JDA nach 1992 wiederholt zu Konflikten mit Geist und Buchstaben sowie der politisch-militärischen Praxis von UN-Einsätzen geführt haben (ITO 2007: 86–87).

Bis Ende der 1990er Jahre blieb die japanische Beteiligung an UN-Einsätzen von Peacekeeping-Truppen, als Folge des Verzichts auf das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung der UN-Charta (Kap. VII, Art. 51) und eines restriktiven »Peace Cooperation«-Gesetzes von 1992, im Wesentlichen auf den Transport, die Bereitstellung von Infrastruktur und humanitäre Funktionen begrenzt (DRIFTE 2000: 85–93). Diese innenpolitischen Restriktionen für derartige UN-Einsätze haben jedoch Japan faktisch bei den vorausgehenden und begleitenden Konsultationen sowie Entscheidungen von UN-Peacekeeping-Einsätzen behindert und damit auch zugleich die politische Einflussnahme Tokyos verringert (DRIFTE 2000: 93–94). Daher versuchte die japanische Regierung seit dem Jahr 2000 derartige innenpolitische Restriktionen Schritt für Schritt aufzuweichen und aufzuheben.

3. *Krise der japanischen »Softpower« am Beispiel der ODA*: Die wirtschaftliche Stagnation und gesamtwirtschaftliche Strukturkrise seit Beginn der 1990er Jahre, die auch zunehmend auf die Außenpolitik Tokyos durchschlug, beschränkte auch die Möglichkeiten der Aufrechterhaltung des Umfangs oder des Ausbaus der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) als Instrument der Außenpolitik und der Vergrößerung des außenpolitischen Einflusses des »Handelsstaates« Japans. Dies gilt vor allem in Ostasien selbst, wo China als regionaler und globaler Markt der Zukunft Japan nicht nur ökonomisch, sondern vor allem auch politisch Konkurrenz um die regionale Vorherrschaft macht. Vor diesem Hintergrund wurde seit Ende der 1990er Jahre verstärkt innenpolitisch Kritik an der ODA an China laut, da diese aus Sicht der Kritiker indirekt die chinesische Militärrüstung gegen die USA und Japan mitfinanziere.

Während das japanische Außenministerium weiterhin versuchte, die ODA an China als wichtiges außenpolitisches Instrument zu bewahren, war eine Kürzung der ODA an China weniger aus wirtschaftlichen als primär aus politischen Gründen die Folge (MASUDA 2003), auch wenn Japan im Jahr 2002 sein gesamtes ODA-Budget um 11,9 Prozent kürzte und damit erstmals den USA den Vortritt als nominal weltgrößter Geldgeber von internationalen Hilfsprogrammen lassen musste. Auch im Jahr 2003 war das Gesamtbudget der ODA

noch einmal um 9,4 Prozent auf insgesamt 9,64 Milliarden US-Dollar (von 10,6 Mrd. US-Dollar in 2002 und etwa 30% geringer gegenüber jenem von 1997) reduziert worden. Zudem wäre eine »Scheckbuch-Diplomatie« inzwischen nicht nur außenpolitisch unmöglich, sondern auch finanzpolitisch schwieriger zu mobilisieren. Zu einem Zeitpunkt, wo viele außen- und sicherheitspolitische Experten Japans für eine aktivere Politik plädieren, schwanden für Tokyo immer mehr die hierfür notwendigen finanziellen Ressourcen.

Somit konnte die zunehmende Kritik gegenüber dem traditionellen Ansatz der japanischen Außenpolitik wenig überraschen (ROZMAN 2002). Inwieweit Japan wirklich über eine »Softpower«, d. h. politischen Einfluss auf Regionalstaaten in Asien (von internationalen Organisationen wie UN, Weltbank etc. ganz zu schweigen) verfügte, war ebenfalls zunehmend umstritten (LINCOLN 2003). Die wirtschaftliche Stagnation Japans in den 1990er Jahren, das mangelnde Selbstbewusstsein in der Außenpolitik des Landes und der Aufstieg Chinas machten die von Japan selbst erhoffte Rolle als »Brücke« zwischen dem Westen und dem Rest Asiens (bzw. auch zwischen den USA und China) bereits Ende der 1990er Jahre immer unrealistischer.

2.3 Neuansätze japanischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik seit dem 11. September 2001: »Normale Nation«, »zögerlicher Realismus« oder »Remilitarisierung«?

Die Mehrheit der Japaner, die den Beginn des 21. Jahrhunderts feierten, hatte angesichts der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation und Strukturkrise das Gefühl, dass die 1990er Jahre weitgehend eine »verlorene Dekade« waren. Der diplomatische Optimismus zu Beginn der 1990er Jahre war in 2000 weitgehend einem neuen Gefühl der innen-, außenpolitischen und internationalen Verwundbarkeit gewichen. Hierzu hatte nicht zuletzt die Asienkrise 1997/98 und ihre Auswirkungen beigetragen, da China hiervon weder wirtschaftlich noch hinsichtlich seiner militärischen Aufrüstung betroffen war (UMBACH 2001; UMBACH 2000b). Die Auswirkungen des 11. September 2001 und die Terroranschläge sowie die aufgedeckten Terrornetze in Südostasien (vor allem in Indonesien) hatten dieses Verwundbarkeitsgefühl und die häufig eher pessimistischen Zukunftsaussichten eher noch gestärkt. Nach Ansicht von Yoichi Funabashi konnte sich Japan aber eine derartige Stagnation nicht leisten (FUNABASHI 2000–2001: 73).

Zudem hatte die politische Unterstützung multilateraler Sicherheitsdialoge in Asien trotz der Einbeziehung Pekings nicht wirklich zu einer substantiellen Ver-

besserung und konkreten Fortschritten der regionalen politischen Stabilität beigetragen noch wurden diese Sicherheitsdialoge auf eine Track-3-Ebene erweitert bzw. haben zu einer neuen Qualität der multilateralen Kooperation in der Region geführt (UMBACH 2002: 170–261; OKAWARA und KATZENSTEIN 2001). Damit geriet auch der traditionelle Ansatz der japanischen Außenpolitik, ökonomische Macht als »Softpower« in andere Machtformen (politisch und kulturell) umsetzen zu können, zunehmend in Kritik (ROZMAN 2002).

2.4 Globale Sicherheitsbedrohungen und die innenpolitischen Dimensionen der Neuausrichtung

Vor dem Hintergrund sich weiter beschleunigender wirtschaftlicher sowie sicherheitspolitischer Globalisierungstrends wurde zukünftig eine zunehmend globale und aktivere Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans auch für die Konflikte und sicherheitspolitischen Herausforderungen erwartet, die auf den ersten Blick geographisch und psychologisch sehr weit von Tokyo entfernt sind. Dies trifft auf den internationalen Terrorismus genauso zu wie auf die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (UMBACH 2000d; UMBACH 2001b) oder politische Konflikte in Energieträger exportierenden Staaten im Mittleren Osten, Zentralasiens und Afrika. All diese sicherheitspolitischen Herausforderungen würden nun im Zeitalter der Globalisierung weitaus größere Auswirkungen auf Japan haben. Daher galt es nun auch für Japan, im Zuge der Globalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunehmend global zu denken. Dies galt auch hinsichtlich seiner energie- sowie nicht-energetischen Rohstoffimportabhängigkeit mehr als für alle anderen Staaten (mit Ausnahme der USA und Deutschlands) und damit von der wirtschaftlichen sowie politischen Stabilität im Mittleren Osten, Zentralasien oder auch Afrika (UMBACH 2006).

Im Zuge der Neuausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik hatten in den 1990er Jahren auch die rechtlichen und politischen Aspekte in den innenpolitischen Debatten zugenommen. Gleichzeitig hat das japanische Militär mehr als die Regierungen und Parlamentarier in den 1990er Jahren die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen eingehend analysiert und seine Schlussfolgerungen für die eigene Sicherheits- und Verteidigungspolitik gezogen. Demnach sah sich das japanische Militär seit Jahren in einer Vorreiterrolle zu deren Neuausrichtung, die auch einen Anstieg des innenpolitischen Prestiges der SDF widerspiegelt.

Zudem hatte der Generationswechsel seit den 1990er Jahren die pazifistische Grundströmung mit ihren anti-militaristischen Zügen abgeschwächt, wie auch Umfragen belegen (TIDTEN 2003: 17). Dieser Umstand war auch Folge der innenpolitischen Schwächung der japanischen Linksparteien und ihrer anti-militaristischen Ideologie und politischen Agenda. So hatte sich die Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ), die sich selbst gern als Wächter der anti-militaristischen Verfassung und gegen eine Remilitarisierung gesehen hat, seit ihrer Koalitionsregierung mit der LDP von 1993–96 ihrer politischen Glaubwürdigkeit beraubt. Außerdem veränderte sich auch die öffentliche Meinung, die zusammen mit zahlreichen japanischen Think Tanks eine »Normalisierung« der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zunehmend befürwortete.

Des Weiteren war entscheidend, dass nicht nur die JDA sondern auch das japanische Außenministerium eine stärkere militärpolitische Rolle in der Sicherheitsallianz mit den USA und im Rahmen der UN befürwortete. Zugleich war die politische Kontrollfunktion des Außenministeriums durch zahlreiche Skandale von Diplomaten und Ministerialbeamten desavouiert und erodiert. Dies kam einem zunehmenden informellen Einfluss des JDA zugute. Später sollte auch die Popularität von Ministerpräsident Jun'ichirō Koizumi beitragen, mittels der Stärkung der exekutiven Regierungsstrukturen und Entscheidungsprozesse seine politische Sicherheitsagenda in Öffentlichkeit und Parlament durchzusetzen (HUGHES 2004: 60–65). Die Koizumi-Regierung (2001–2006) wartete zudem bei zahlreichen politischen Entscheidungen zur Verteidigungspolitik des Landes nicht länger eine Konsensbildung in der Innenpolitik ab, sondern verfolgte eine Politik der Schaffung »vollendeter Tatsachen«. Dabei konnte sie sich vor allem auf die JDA stützen (SCHLICHTMANN 2001; POHL 2001; POHL 2003).

3 Die Auswirkungen auf die japanische Sicherheits- und Militärpolitik

Nach Ansicht des deutschen Japan-Experten Markus Tidten wirkte der 11. September 2001 weniger als Wendepunkt für die nach wie vor eher reaktive japanische Außenpolitik als vielmehr als eine Art Katalysator, der verdeutlichte, dass eine führende Stellung Japans in Asien ohne Einbindung in die US-Außenpolitik und die gemeinsame Sicherheitsallianz mit den USA nicht denkbar ist. In der Tat ist auch der neue »sicherheitspolitische Realismus« Tokyos in allianzspezifische Bereiche weitgehend eingebunden (TIDTEN 2002: 17).

Gleichwohl zeigte sich die VR China am stärksten beunruhigt von der Neuausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Nicht selten wird

die zukünftige Stabilität der gesamten asiatisch-pazifischen Region nicht nur vom amerikanisch-chinesischen Verhältnis abhängig gemacht, sondern auch oder sogar primär von den japanisch-chinesischen Beziehungen.

3.1 Regional begrenzte Raketenabwehr (TMD)

Nachdem Japan 1998 als Folge des nordkoreanischen Starts einer ballistischen Rakete vom Typ Taepodong, die in japanischen Territorialgewässern niederging, ein gemeinsames Forschungsprogramm mit den USA zur Entwicklung eines Theater Missile Defense (TMD-) Systems vereinbarte (WAGENER 2000; UMBACH 2001b; UMBACH 1999a; UMBACH 1999b), ist am 18. Dezember 2003 die Entscheidung der japanischen Regierung zur Dislozierung erfolgt. Die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen ist für Japan, das bewusst auf eigene Nuklearwaffen verzichtet, einer der größten Sicherheitsbedrohungen. Durch die Aufdeckung von Versuchen Al Qaedas, ebenfalls Massenvernichtungswaffen zu erwerben und auch einzusetzen, ist diese Gefahr für Japan und die internationale Gemeinschaft seit dem 11. September 2001 noch größer geworden.

Bis zum Jahr 2007 soll mit Hilfe von weiterentwickelten SM-3 Luftabwehrraketen ein solches Raketenabwehrsystem an Bord der hochmodernen Aegis-Raketenzerstörer disloziert werden, um so einen nationalen Raketenabwehrschirm aufzubauen (FARRER 2003). Zwischen 2007–2011 sollen an der Küste Japans auch Patriot-3 (PAC-3) Raketen zum Aufbau eines weiteren Schutzschirmes aufgestellt werden, der mit insgesamt 4,67 Milliarden US-Dollar veranschlagt ist.

Mit einem neuen nationalen Gesetz vom Juli 2005 kann nun der Ministerpräsident ohne zeitintensive Rücksprache mit dem Kabinett die Mobilisierung der SDF und entsprechende militärische Gegenmaßnahmen bei Raketenangriffen anordnen (IISS 2006: 355). Die bilaterale Defence Policy Review Initiative (DPRI) und die US Global Posture Review sehen ein gemeinsames bilaterales Joint Operations Coordination Center auf der Yokota Luftwaffenbasis vor, das japanische und amerikanische Kommando-, Kontroll- und Informationssysteme sowie die Dislozierung zusätzlicher Raketenabwehrsysteme um Japan herum überwacht (HUGHES und KRAUSS 2007: 162).

Im August 2006 akzeptierte Japan die Stationierung des ersten US-Zerstörers (USS Shiloh) mit TMD-Fähigkeiten von insgesamt vier Zerstörern in Yokosuka. Tokyo beschleunigte selbst die geplante Einführung von Patriot PAC-3 Raketen mit der Fähigkeit zur regional begrenzten Raketenabwehr. Auch die Ausstattung der japanischen Aegis-Zerstörer mit TMD-Fähigkeiten der SM-3 Raketen bereits ab

Ende 2007 statt März 2008 signalisiert die hohe Bedeutung, die Tokyo dem gemeinsamen TMD-Programm mit den USA beimisst (IISS 2007: 336).

3.2 Entwicklung präemptiver Militäroptionen als Antwort auf die nordkoreanischen Nuklearwaffenambitionen?

Bereits in den 1990er Jahren war die Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel ein wesentlicher Katalysator für die ersten Ansätze einer Neuausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Auch wenn Japan das Genfer Rahmenabkommen von 1994 (Agreed Framework) (UMBACH 2002: 285–295) und auch die »Sunshine«-Diplomatie Südkoreas diplomatisch unterstützte, so musste Japan doch realisieren, dass seine diplomatische Engagement-Politik unzureichend war.

Seitdem Nordkorea Anfang Oktober 2002 in Gesprächen mit den USA zugegeben hat, ein geheimes Nuklearwaffenprogramm auf Uran-Basis zu besitzen, spitzte sich die Situation auf der koreanischen Halbinsel weiter zu. Während die Welt noch rätselte, ob Nordkorea tatsächlich bereits Nuklearwaffen hat oder nicht (die USA, China, Japan und die IAEA gehen von 2–6 Sprengköpfen aus) und inwieweit diese Nuklearwaffen auch operativ einsetzbar sind, beließ Pyonyang es nicht bei Worten. Im Januar 2003 trat Nordkorea als einziger Staat weltweit aus dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) aus, schickte die Inspekture der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) nach Hause und ließ alle elektronischen oder sonstigen technischen Überwachungsmittel an seinen bekannten Atomanlagen demontieren. Im Juli und Anfang Oktober 2003 erklärte Pyonyang, dass es seine 8000 nuklearen Brennstäbe bereits längst aufbereitet habe. Damit könnte Nordkorea genug Plutonium gewonnen haben, um mehrere Sprengköpfe herzustellen. Während Japan direkt in die Sechs-Parteien-Gespräche mit Nordkorea involviert war, wurde von der japanischen Regierung eine kurz- und mittelfristige Lösung der Krise als eher unwahrscheinlich eingestuft. Zudem waren aus japanischer Sicht weitere Eskalationen mit direkten Sicherheitsauswirkungen auf Japan nicht auszuschließen.

Im Zuge der sich zuspitzenden Situation auf der koreanischen Halbinsel warnte der japanische Verteidigungsminister² Shigeru Ishiba Nordkorea im Januar und Februar 2003, dass Japan im Rahmen seiner Selbstverteidigung auch bereit sei, prä-

2. Erst seit Januar diesen Jahres wurde die Japan Defence Agency in das Japan Defence Ministry umgewandelt. Formal stand der Japan Defence Agency jedoch ein ziviler Generaldirektor vor, der den Status eines Staatsministers hatte. Im offiziellen Verteidigungsweißbuch des Verteidigungsamtes von 2005 (Japan Defence Agency, Defense of Japan 2005, Tokyo 2005) wird z. B. der Titel offiziell als »Minister of State for Defense« bzw. Staatsministers für Verteidigung« geführt. Den Oberbefehl und die Aufsicht über die SDF übte jedoch der Premierminister aus.

emptive Militärschläge gegen Nordkorea durchzuführen, wenn Pyongyang Japan konkret bedrohen würde. Im September 2003 wiederholte er die Warnung und fügte hinzu, dass die japanische Verfassung präemptive Militäroptionen sehr wohl erlaube. So sei die Androhung möglicher Vergeltungsschläge nach nordkoreanischen Raketenangriffen allein nicht ausreichend, um die unmittelbare Bedrohung abzuwenden (MATTHEWS 2003: 75).

Auch derartige öffentliche Warnungen von japanischer Seite galten bis daher als undenkbar. Wie immer derartige Äußerungen auch bewertet werden, es spiegelt einerseits die Unsicherheiten Japans hinsichtlich seines regionalen Umfeldes wider, andererseits veranschaulicht es, inwieweit die anhaltende Krise (der nordkoreanischen Nuklearambitionen) auf der koreanischen Halbinsel wesentlich für die Neuausrichtung der japanischen Verteidigungspolitik verantwortlich sein dürfte.

Auch in den USA gab es nun plötzlich Stimmen, die einen neuen japanischen Nationalismus mit »alarmierenden Konsequenzen« zu erkennen glaubten: »*namely, the rise of a militarized, assertive, and nuclear-armed Japan, which would be a nightmare for the country's neighbors*« (MATTHEWS 2003: 75). Auch wenn dies aus Sicht vieler westlicher Experten eher unrealistisch und überzogen ist, so können weitere negative Aus- und Rückwirkungen der Unberechenbarkeit der nordkoreanischen Politik auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans nicht ausgeschlossen werden. Sollte es tatsächlich eines Tages zu militärischer Gewaltanwendung auf der koreanischen Halbinsel oder der Taiwanstraße kommen, so ist es dennoch aus innenpolitischen Gesichtspunkten unsicher, wie Japan konkret militärisch reagieren würde.

3.3 Japanische Nuklearwaffenambitionen?

Hinsichtlich seines riesigen Vorrates an Nuklearmaterialien (38 000 kg), welcher bis 2020 auf 145 000 kg ansteigen könnte, ist Japan von China und anderen Staaten wiederholt verdächtigt worden, eines Tages doch Nuklearwaffen zu entwickeln (HARRISON 1996). Während dies bisher aber stets eine Minderheitenmeinung war und auch die innenpolitischen Diskussionen in Japan in den 1990er Jahren keineswegs widerspiegelte, hat sich dies in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Das »nukleare Tabu« ist gebrochen und Pro- und Contra-Positionen einer Nuklearwaffenoption finden sich inzwischen in zahlreichen Zeitschriften und sind gewissermaßen eine politische »Normalität« geworden (LAGUE und MOFFET 2003).

Während der stellvertretende Verteidigungsminister Japans Shingo Nishimura noch 1999 wegen Äußerungen zu einer Nuklearwaffenoption zurücktreten musste,

war dies im Frühjahr 2003 für den stellvertretenden Leiter des Kabinettssekretariats, Shinzō Abe (dem späteren Premierminister) nicht notwendig, als er äußerte, dass die begrenzte Anwendung von taktischen Nuklearwaffen zur Verteidigung Japans nicht »notwendigerweise« der Verfassung des Landes widerspreche. Auch sein damaliger Vorgesetzter (und gegenwärtige Premierminister), Chefkabinettssekretär Yasuo Fukuda, pflichtete ihm am 30. Mai 2003 bei, indem er darauf hinwies, dass Japan jederzeit seine Politik von 1967 auch hinsichtlich einer Nuklearwaffenoption und der drei Denuklearisierungsprinzipien (Nuklearwaffen »nicht zu produzieren, zu besitzen und nicht weiterzugeben«) durch eine Revision der Verfassung ändern könne.

Der Präsident der oppositionellen Liberalen Partei, Ichirō Ozawa, hatte China bereits am 6. April 2002 öffentlich gewarnt, dass Japan jederzeit leicht mehrere tausend Nuklearwaffen produzieren könnte, um die Oberhand gegenüber China zu gewinnen, wenn Tokyo von Peking herausgefordert werden würde. Im japanischen Unterhaus sollen sich sogar fast 20% der Parlamentarier für eine Nuklearwaffenoption für den Fall ausgesprochen haben, falls die regionalen Entwicklungen für Japan zu bedrohlich werden würden (GSN 2003; GLOSSERMAN und NAKAGAWA 2002; KRUGER 2002).

Die Diskussionen über eine mögliche Nuklearwaffenoption Japans endete inzwischen nicht nur an seinen eigenen Grenzen. Auch in den USA votierten mit dem Republikanischen Senator John McCain, dem früheren CIA Direktor Stansfield Turner und dem Japan-Experten Ted Carpenter vom Cato-Institut prominente Stimmen für eine Nuklearwaffenoption Japans, während Vizepräsident Dick Cheney eine solche Option ausschließlich von der Position Japans selbst abhängig machen wollte. Sie alle sahen aber offensichtlich darin keine regionalen Sicherheitsprobleme entstehen (DOI 2003; KOJI 2003).

Schließlich flammte die innenpolitische Debatte nach den erneuten Kurz- und Langstreckenraketenstarts Nordkoreas im Juli 2006 erneut auf, dem am 9. Oktober 2006 ein als erfolgreich vermeldeter unterirdischer Nukleartest folgte.

Inwieweit Japan tatsächlich unter Umständen an eine Nuklearwaffenoption denken und die drei De-Nuklearisierungsprinzipien aufgeben könnte sowie welche Auswirkungen dies auf das regionale Umfeld und die weltweiten Bestrebungen zur Eindämmung der globalen Proliferation von Massenvernichtungswaffen in der Region des »Greater Middle East« und Asiens hätte, bleibt vorerst unsicher. Aber der politische Druck würde zweifellos zunehmen, wenn die Nachbarstaaten Nordkorea (oder ein wiedervereinigtes Korea) und/oder Taiwan künftig eine Nuklearwaffenoption entwickeln würden. Vorerst aber sprechen die politischen Rahmenbedingungen, der nukleare Schutzschirm der USA, aber auch technologische Barrieren

(die überbrückt werden könnten, aber auch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen würden) weiterhin dafür, dass Japan als ein »nukleares Schwellenland« gelten kann. Zwar verfügt Japan prinzipiell über die technologischen Fähigkeiten zum Bau von Nuklearwaffen, schreckt aber aufgrund innen- und außenpolitischer Restriktionen weiterhin davor zurück. Unter den gegenwärtigen Bedingungen würde eine japanische Nuklearwaffenoption regional und für Japan nicht mehr, sondern eher weniger Sicherheit bieten (ENDO 2007; TIDTEN 2006).

3.4 Bereitschaft zur (begrenzten) Gewaltanwendung

Am 18. Dezember 2001 entdeckte die japanische Marine ein nicht-identifizierbares Schiff in den eigenen Territorialgewässern, das chinesische Zeichen hatte und verdächtig wirkte. Bei der Verfolgung in chinesische Territorialgewässer setzte die japanische Marine auch Gewaltmittel ein, in deren Folge das nordkoreanische Spionageschiff (wie sich dann herausstellte) sank. Bis dahin galt ein derartiger Waffeneinsatz japanischer Marineschiffe als unmöglich und markierte somit »a major shift in the attitudes of the Japanese about their country and its defense« (MATTHEWS 2003: 74). Dieser Einsatz hatte auch Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen zur Inspektion verdächtiger Schiffe zur Folge. Doch war dies auch nur ein Teil sehr viel weitergehender Gesetze im Rahmen der »National Emergency Legislation«, die den Einsatzrahmen der Streitkräfte innen- wie außenpolitisch für zahlreiche neue Bedrohungsszenarien erheblich erweiterte (HUGHES 2004: 73–76). Des Weiteren wurde Ende 2001 das Gesetz für Peacekeeping Operationen insoweit revidiert, dass nun die Angehörigen der SDF Waffen zu ihrer Selbstverteidigung als auch jener ihrer Kollegen und Untergeordneten benutzen können (KOJI 2003).

3.5 Aufgabe oder Lockerung des selbst auferlegten Waffenexportverbots von 1967

In Verbindung mit der nun angekündigten Dislozierungsentscheidung für ein Raketenabwehrsystem wird auch die Frage diskutiert, inwieweit das bisherige Waffenexportverbot nicht gelockert oder gar völlig aufgegeben werden muss. So ist die Weiterentwicklung der Technologien des komplexen Raketenabwehrsystems nur möglich, wenn Japan völlig eigenständig oder gemeinsam entwickelte Technologien auch den USA zur Verfügung stellt. So entwickelt Japan zwar selbst zahlreiche Hochtechnologien, die auch den US-Streitkräften und seinen militärischen

Entwicklungsprogrammen zugute kommen. Doch ist Japan in einigen Schlüssel-feldern der Technologieentwicklung schwach und demnach bei komplexen System-integrationen und lizenzierten Produktionstechnologien auf US-Unterstützung angewiesen (HUGHES 2004: 90–91).

Wie bei allen teuren Hightech Waffensystemen, deren Entwicklung national allein kaum noch finanziert werden kann, sind zudem die weltweiten Rüstungskonzerne dazu übergegangen, einerseits überwiegend Dual-Use Technologien zu entwickeln, die sowohl im militärischen wie im zivilen Bereich Anwendung finden. Andererseits können teure Hauptwaffensysteme wie neue Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Raketen, Schiffe etc. nur noch gemeinsam zwischen mehreren Rüstungsfirmen und Ländern entwickelt werden. Dies ist aber nur möglich, wenn faktisch auch größere Exportmöglichkeiten bestehen. Daher geraten Länder mit einer sehr restriktiven Exportpolitik wie Japan (aber auch Deutschland) zunehmend unter politischen und wirtschaftlichen Druck, ihre Exportbeschränkungen oder -verbote aufzuheben. Ansonsten machen sie sich kooperationsunfähig und sind allein stehend nicht mehr international wettbewerbsfähig. Insoweit ist die Diskussion in Japan, ausgelöst durch die Implementierungsentscheidung für ein gemeinsames TMD-System mit den USA, nur der Auftakt einer grundsätzlichen Entscheidung, zu der sich die japanische Regierung genötigt sieht.

Von daher empfahl der im April 2004 eingesetzte »Rat für Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten« in den Empfehlungen seines Abschlussberichtes, auch das Prinzip des Rüstungsexportverbotes zumindest gegenüber dem Bündnispartner USA neu zu überdenken (COUNCIL ON SECURITY AND DEFENSE CAPABILITIES 2004).

3.6 Umstrukturierung der SDF

Obwohl Japan einen der größten Verteidigungshaushalte der Welt hat, tragen seine Verteidigungsausgaben bisher kaum etwas zur regionalen und globalen Sicherheitsstabilität bei. Selbst hinsichtlich der gemeinsamen Sicherheitsallianz mit den USA war Japan seit den 1990er Jahren kritisiert worden, dass Tokyo mit seinem Verteidigungsbudget wesentlich mehr für die gemeinsame Sicherheitsagenda leisten könnte (O'HANLON 2007: 99–108).

Seit 2002 wurde auch eine neue Militärdoktrin für den Einsatz der Selbstverteidigungstreitkräfte ausgearbeitet (JDA 2006: 91–112). Zusammen mit den gegenwärtigen Rüstungsprogrammen zielt diese darauf ab, die japanischen Streitkräfte künftig zu Einsätzen aller Art (defensive wie offensive) zu befähigen (FARRER 2003: 51). Noch wichtiger waren allerdings die Anstrengungen seit 1997,

die Interoperabilität der einzelnen Teilstreitkräfte zu verbessern. Die erste gemeinsame Militärübung (!) mit Luft-, Land- und Seestreitkräften fand im November 1998 auf Iwojima statt. Ende 2001 wurde schließlich der Umstrukturierungsprozess durch die Beauftragung des Vorsitzenden des neu geschaffenen Joint Staff Councils (JSC) und der Chefs der Teilstreitkräfte zu einer gemeinsamen Studie beschleunigt. Diese wurde Verteidigungsminister Shigeru Ishiba im Dezember 2002 vorgelegt. Diese Studie hatte erhebliche Neustrukturierungen zur Folge, um die Interoperabilität nicht nur der einzelnen Teilstreitkräfte in ihrem Zusammenwirken signifikant zu verbessern, sondern auch die Zusammenarbeit mit den USA sowie anderen Streitkräften im Rahmen globaler Peacekeeping-Einsätze.

Hierzu gehören auch umfangreiche Neubeschaffungen im Bereich C4ISR (command, control, communications, computers, intelligence, surveillance and reconnaissance) (KARNIOL 2003). Darüber hinaus plante Japan ursprünglich, eine ständige gemeinsame Einheit der drei Teilstreitkräfte mit einem einheitlichen Kommando für zukünftige weltweite Peacekeeping-Einsätze aufzubauen.

Am 27. März 2006 wurde ein neues Joint Staff Office gegründet, mit dem die verschiedenen Teilstreitkräfte vollständig in der neuen teilstreitübergreifenden Kommandostruktur integriert werden. Dieses neue Office wird durch einen Joint Staff Chief kommandiert, der direkt dem zivilen Verteidigungsminister Bericht erstattet.

Bereits im April 2004 wurde ein neuer Rat zu Sicherheit und Verteidigungsfähigkeiten ins Leben gerufen. Dessen Abschlussbericht empfahl eine neue Rolle für die SDF zur Unterstützung einer neuen Sicherheitsstrategie auf der Basis einer »multifunctional flexible defence force«. Demnach soll die zukünftige Rolle der SDF ausgeweitet und verbessert werden, um (1) auf »akute Sicherheitsbedrohungen« zu reagieren, (2) die Aufklärungsfähigkeiten zu erhöhen, (3) die Verteidigungsindustrie und seine technologische Basis zu reformieren und (4) sich verstärkt auf internationale Peacekeeping-Einsätze vorzubereiten, damit Japan eine größere globale Verantwortung in internationalen Sicherheitsfragen wahrnehmen kann (COUNCIL ON SECURITY AND DEFENSE CAPABILITIES 2004). Im April 2007 wurde schließlich ein neuer beratender Rat zur Aufhebung des Verbots der Teilnahme an kollektiven Verteidigungshandlungen geschaffen, bei dem keines seiner Mitglieder für Kritik an dieser Aufhebung bekannt ist (IISS 2007: 339).

Doch auch diese Umstrukturierungen sind noch immer weitgehend gemäß der Verfassung auf die nationale Verteidigung des Landes zugeschnitten. Auch bei Befürwortung von vermehrten Peacekeeping-Einsätzen ist noch keine grundsätzliche Änderung der Streitkräftestrukturen weg von der nationalen Territorialverteidigung zu erkennen. So könnte eine größere Umstrukturierung und neue Prioritätenset-

zung bei den militärischen Beschaffungen insgesamt auf 20 000–50 000 Soldaten der SDF für internationale Einsätze zielen, ohne dass hierfür die Verteidigungsausgaben drastisch ansteigen müssten (O'HANLON 2007).

3.7 Rüstungsprogramme für offensive Militärfähigkeiten

Bereits im Dezember 2000 beschloss die japanische Regierung einen neuen 5-Jahresplan (2001–2005) für seinen Verteidigungshaushalt, der Ausgaben in Höhe von 223 Milliarden US-Dollar (eine Steigerung um 7,8 Mrd. gegenüber dem vorhergehenden 5-Jahresplan) und neue umfangreiche Rüstungsprogramme vorsah. Diese beinhalteten u. a. auch den Kauf von vier Tankflugzeugen, mit denen die Reichweite und damit auch das zukünftige Einsatzgebiet der Kampfflugzeuge der Selbstverteidigungsstreitkräfte wesentlich gesteigert werden kann. Diese und anderen sogenannten »Kräftemultiplikatoren« (force multipliers) stärken aber nicht nur die Verteidigungsfähigkeiten der Streitkräfte Japans, sondern verleihen ihnen zum ersten Mal auch offensive militärische Fähigkeiten.

Daher verwundert es kaum, dass gerade diese oft weniger spektakulären, aber teuren Rüstungsprogramme die Aufmerksamkeit Südkoreas und die Kritik Chinas hervorrufen. Gleiches gilt auch für die Beschaffung der regionalen Raketenabwehrsysteme (TMD), von Transportflugzeugen mit großer Reichweite, von vier Aufklärungssatelliten sowie bis zu acht großen Hubschrauberträgern (jeweils 13 500 t) (THOMPSON 2003) der Osumi-Klasse oder die Aufstellung einer lufttransportierbaren Brigade sowie anderer Spezialkräfte. Aus Sicht Chinas könnten diese im Zusammenwirken eine neue Interventionsstreitmacht schaffen.

Auch aus Sicht traditioneller Interpreten der Verfassung des Landes waren derartige Rüstungsprogramme bisher nicht möglich (BICKERS 2003: 26; ZULKARNEN 2001: 58). In Verbindung mit der Androhung präemptiver Militäroptionen im Falle einer konkreten nordkoreanischen Raketendrohung wurde von Verteidigungsminister Shigeru Ishiba auch die Idee lanciert, sogar weitreichende US-Marschflugkörper vom Typ Tomahawk zu beschaffen, mit der nordkoreanische Raketenabwuschrampen und Raketenfabriken präemptiv zerstört werden könnten. Ein entsprechender Beschluss wurde jedoch 2003 aufgeschoben und faktisch von der weiteren Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel abhängig gemacht.

Die damit geäußerte Furcht einer Remilitarisierung Japans übersieht aber nicht nur die zahlreichen innen- und außenpolitischen Beschränkungen. Auch zahlreiche militärische Faktoren werden übersehen. So sind die Verteidigungsausgaben nur nominal gestiegen, bewegen sich aber weiterhin knapp unterhalb der ein-Prozent-

Schwelle des BIP. Gemessen an den Staatsausgaben hat der Verteidigungshaushalt seit 1997 stagniert und ist sogar gesunken. Dies kontrastiert noch mit den Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren, als der Verteidigungshaushalt noch um jährlich 5–7 Prozent gestiegen war (HUGHES 2004: 76–78). Zudem muss berücksichtigt werden, dass rund 45% des gesamten Haushalts durch die hohen Personalkosten absorbiert werden, während weniger als 20% für militärische Beschaffungen zur Verfügung stehen. Darüberhinaus können die SDF aufgrund der extrem hohen Kosten für die konventionellen Hauptwaffensysteme (aufgrund der geringen Stückzahlen, die zudem nicht für den Export zur Verfügung stehen) mit dem Beschaffungsetat sehr viel weniger investieren als andere Verteidigungsministerien.

3.8 Teilnahme an multilateralen Militärmanövern anderer Staaten

Diese Option wurde bisher von den japanischen Regierungen mit Ausnahme der gemeinsamen Manöver mit den US-Streitkräften im Rahmen der gemeinsamen Sicherheitsallianz mit anderen Staaten weitgehend ausgeschlossen, weil dies dem Verfassungsverbot der kollektiven Verteidigung widersprach. Nun aber nimmt Japan an den Cobra Gold Militärmanövern (einer der jährlich größten Übungen in der ganzen Asien-Pazifik-Region) in Südostasien zusammen mit den Streitkräften der USA, Thailands und Singapurs ebenso teil wie an einigen anderen kleineren multilateralen Übungen (FARRER 2003: 50).

Auch die Proliferation Security Initiative (PSI) der USA bot Japan in den letzten Jahren wiederholt Gelegenheit, an multinationalen Übungen mit Streitkräften aus aller Welt teilzunehmen. So hat Japan im Oktober 2007 an der Pacific Shield 07-Übung im Rahmen der PSI nicht nur teilgenommen, sondern sie selbst auch ausgerichtet und organisiert. Daran hatte nicht nur Japan mit zehn Schiffen der japanischen Seestreitkräfte (MSDF) teilgenommen, sondern auch sechs weitere Länder wie Australien, Großbritannien, Frankreich, Neuseeland, Singapur und die USA (YOMIURI SHINBUN 2007). Auch mit diesen Schritten bewegt sich Japan in Richtung kollektiver Verteidigung, wenngleich das Verfassungsverbot noch nicht parlamentarisch aufgehoben bzw. einer Neuinterpretierung unterzogen wurde.

3.9 Entsendung der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte in den Irak

Schon wenige Wochen nach dem 11. September, am 29. Oktober, verabschiedete das japanische Parlament ein Anti-Terrorismus-Gesetz (Anti-Terrorism Special

Measures Law/ATSMML), das die Entsendung von Einheiten der SDF in den Indischen Ozean zur Unterstützung der multinationalen Koalitionsstreitkräfte unter Führung der USA erlaubte (NABERS 2005: 257–264). Am 26. Juli 2003 erließ das Parlament ein Gesetz zu speziellen Maßnahmen der humanitären und Wiederaufbauhilfe (Law Concerning Special Measures on Humanitarian and Reconstruction Assistance), mit dem die Entsendung von Einheiten der SDF zur logistischen Unterstützung der US und Koalitionstruppen im Irak legitimiert wurde. Insgesamt wurden zwischen Juni 2003 und Juni 2004 nicht weniger als zehn nationale Regierungsanträge und Sondergesetze mit hoher nationaler Dringlichkeit im Parlament mit jeweils großer Mehrheit verabschiedet. Diese boten einen umfassenden rechtlichen und politischen Rahmen, um die japanische Regierung und die SDF besser zu befähigen, direkte Angriffe auf Japan frühzeitig und effektiv zu verhindern (HUGHES 2004: 10).

Am 9. Januar 2004 erhielt ein Vorauskommando der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte den Marschbefehl in den Irak. Insgesamt wurden 1000 Militärangehörige, darunter 600 Soldaten, im Süden Iraks zur Stabilisierung des Landes eingesetzt. Dies war der erste Einsatz japanischer Soldaten in einem akuten militärischen Konfliktgebiet. Aufgrund der Verfassung sowie der traditionellen Außen- und Sicherheitspolitik Japans war dieser Einsatz über Monate innenpolitisch hoch umstritten gewesen und der Zeitpunkt der Entsendung des Vorkommandos nach Eskalationen der Gewalt (und nach der Ermordung von zwei japanischen Diplomaten Anfang Dezember 2003) gegen die alliierten Streitkräfte im Irak auch mehrmals terminlich verschoben worden. Ursprünglich sollte dieser Schritt bereits im Oktober 2003 stattfinden, nachdem im Juli 2003 das »Iraq Humanitarian Reconstruction Support Special Measures Law« (Iraq Reconstruction Law) im Parlament verabschiedet worden war (SATO 2003).

Das Einsatzgebiet war ursprünglich der Flughafen von Bagdad gewesen, so dass die SDF unter amerikanischem Oberbefehl gestanden hätten und primär für die Wasserversorgung der US-Truppen verantwortlich gewesen wären. Der innenpolitische Kompromiss bestand darin, die japanischen Soldaten offiziell als nichtkämpfende Einheiten zu deklarieren und ihren Einsatz gesetzlich auf nicht-umkämpftes Gebiet zu beschränken. Ihre Einsatzmission wurde so primär auf den Wiederaufbau der Infrastruktur (wie Schulen, Wiederherstellung der Wasserversorgung und medizinische Betreuung der Bevölkerung) (FUNABASHI 2003) und damit auf eine »postconflict rehabilitation activity« beschränkt (ITO 2007: 84).

Trotz der Möglichkeit einer gewissen Selbstverteidigung sind die japanischen Truppen im Irak auf militärischen Schutz durch andere Koalitionsstreitkräfte angewiesen. Diese wurde vor allem von Australien übernommen und ist auch einer

der Gründe, warum Tokyo eine immer stärkere sicherheits- und militärpolitische Zusammenarbeit mit Australien in den letzten Jahren gesucht hat. Dies hat am 13. März 2007 zur Unterzeichnung der »Joint Declaration on Security Cooperation« mit Australien geführt. Mit Ausnahme der USA als Bündnispartner hat Japan inzwischen mit keinem anderen Staat so enge sicherheits- und militärpolitische Beziehungen wie mit Australien (TAYLOR 2007; YAMAMOTO 2007; LIM 2007; DEE et al. 2007; ISHIGAKI 2006).

Die Regierung Koizumis hatte ursprünglich auch den Plan, den Einsatz der SDF im Irak auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen, die einheitliche Richtlinien für den zukünftigen Einsatz der SDF im Ausland vorsieht. Doch konnte sie sich mit diesem Plan nicht durchsetzen, so dass am Ende nur ein Gesetz für den konkreten Einsatz der SDF im Irak verabschiedet werden konnte. Nach mehreren Meinungsumfragen waren im Dezember 2003 noch immer 80 Prozent der Japaner gegen eine sofortige Entsendung von Soldaten in den Irak gewesen.

Immerhin ist inzwischen das gesetzliche Mandat für den Irak-Einsatz der SDF um zwei Jahre im Juni 2007 verlängert worden. Doch beschränkt sich dies inzwischen nur noch auf Transporteinheiten der Luftstreitkräfte der SDF, nachdem die Bodentruppen im Juli 2006 bereits abgezogen worden sind. Innenpolitisch wird noch immer kritisiert, dass die Regierung keine Ausstiegsstrategie habe und auch keine ausreichenden Informationen darüber gebe, was die SDF tatsächlich im Irak tun.

3.10 Aufwertung der Selbstverteidigungsbehörde zu einem offiziellen Verteidigungsministerium

Bereits seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre haben die Selbstverteidigungsbehörde, Regierungsvertreter und Parlamentsabgeordnete vor allem der Regierungspartei LDP gezielt angestrebt, ein offizielles Verteidigungsministerium zu schaffen. Dies allerdings widerspricht der bisherigen Verfassungsinterpretation. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Rückkehr Japans zu einer »normalen Nation« sprechen aus Sicht der Anhänger einer solchen Aufwertung auch die regionale Sicherheitslage und die Ereignisse des 11. September für eine derartige Aufwertung, die sich keineswegs nur auf eine Auswechslung der Namen beschränken würde. Verteidigungsminister Shigeru Ishiba sprach sich ohnehin im Februar 2003 für eine grundsätzliche Neudefinierung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus. Doch sollte es noch fast vier Jahre dauern, bevor der formal-institutionelle Schritt vollzogen wurde. Hierzu trug nicht nur die zögerliche Haltung der Regie-

rung zunächst bei, sondern auch eine Reihe von Korruptions- und anderen Skandalen in der JDA, die immer wieder zu Verzögerungen führten.

Am 9. Januar 2007 wurde dann aber die japanische Verteidigungsbehörde offiziell zu einem Verteidigungsministerium aufgewertet. Ministerpräsident Shinzō Abe machte in seiner Begründung deutlich, dass dies kein isolierter Schritt sei, sondern integraler Bestandteil der sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen Japans. Im Mittelpunkt dieser Reformen steht jedoch weiterhin die Revision der Friedensklausel des Artikels IX der japanischen Verfassung (TSUCHIYAMA 2007; NABERS 2007).

Interessant an dem Gesetz zur formellen Etablierung des japanischen Verteidigungsministeriums ist dabei die Aufwertung der humanitären Auslandseinsätze, die nun als einer der Hauptaufgaben definiert worden sind. Dies kann als erster Schritt gewertet werden, für derartige Missionen der SDF eine permanente Gesetzgebung zu schaffen, die auch der Zielsetzung einer verfassungsrechtlichen Klarstellung dient (SAKAEDA 2007: 48). Während die formellen politischen Kontrollstrukturen über die SDF intakt bleiben, kann der Verteidigungsminister mit seiner gleichrangigen Stellung in Kabinettsitzungen nun selbst Gesetzesvorschläge und Haushaltsanträge einbringen. Die Schaffung einer neuen Unterabteilung zur Formulierung mittel- und langfristiger Verteidigungsstrategien dürfte jedoch auch zu neuen Rivalitäten mit anderen Institutionen führen, wie z. B. dem noch zu schaffenden »Nationalen Sicherheitsrat« nach britischem und amerikanischem Vorbild.

3.11 Ausweitung der Rolle der Streitkräfte in der Innenpolitik

In 2002 wurde von der Koizumi-Regierung ein Anti-Terrorismus Gesetzespaket verabschiedet, welches dem Parlament und der Regierung in Krisenzeiten und im Zuge von Naturkatastrophen Richtlinien für den Einsatz der Selbstverteidigungsstreitkräfte im eigenen Land gab. Ursprünglich wollte die Selbstverteidigungsbehörde auch den Einsatz der Streitkräfte zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit legalisieren, was nicht nur Kritik der Verfassungshüter hervorrief, sondern auch der Nationalen Polizeibehörde, die jegliche Ausweitung des Mandates der SDF im Innern als Schwächung ihrer eigenen Befugnisse ansieht. Anfang Juni 2003 wurden schließlich die drei Notstandsgesetze – die erste Notstandsgesetzgebung seit 1945 – verabschiedet, welche die Einsatzbereitschaft innerhalb des Landes verbessern soll. Dabei werden die Weisungsbefugnisse der nationalen Regierung gegenüber den Kommunen, die Positionen des Premierministers und des nationalen Sicherheitsrates im Krisenfall (einschließlich bei Naturkatastrophen wie Erdbeben) gestärkt.

Bereits im Herbst 2002 hielten auf Hokkaido stationierte Einheiten des Heeres gemeinsame Übungen mit örtlichen Polizeikräften ab, während auf Hawaii japanische Streitkräfte zusammen mit US-Einheiten den Straßen- und Häuserkampf übten.

3.12 Weiterentwicklung der US-Japanischen Militärallianz

Auch wenn die Yoshida-Doktrin bis Ende des Kalten Krieges noch immer die Grundausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik markierte, so hatten bereits die Premierminister Ichiro Hatoyama und Nobusuke Kishi in den 1960er Jahren eine Revision des bilateralen Sicherheitsvertrages mit den USA forciert, um das Verhältnis und die ungleichen Verpflichtungen gegenüber dem Bündnispartner USA zu verbessern (HUGHES 2004: 24–27).

In den 1970er und 1980er Jahren bildete sich schließlich eine Art Arbeitsteilung im US-Japanischen Militärbündnis heraus, die eine größere Übernahme von Pflichten auf japanischer Seite durch eine kontinuierliche Stärkung der japanischen Militärfähigkeiten vorsah. Gleichzeitig vermied es Japan jedoch, seine militärischen Kommandostrukturen der SDF vollständig in jene der USA zu integrieren, da dies den Verlust der politischen Kontrolle über seine Streitkräfte zur Folge gehabt hätte (HUGHES 2004: 27–31).

Kennzeichnend für die Ambivalenz der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist, dass seit Mitte der 1990er Jahre einerseits von Tokyo die eigene Rolle innerhalb der gemeinsamen Sicherheitsallianz mit den USA aufgewertet und damit auch die bilaterale Sicherheitsallianz gestärkt wurde; andererseits Japan sich aber auch bemüht hat, eine größere Autonomie gegenüber den USA in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu gewinnen (GREEN 1995; FOUSE 2004). Eine größere außenpolitische Krise (wie auf der koreanischen Halbinsel oder in der Taiwanstraße) könnte Japan jedoch zwingen, diese Ambivalenz aufzugeben. Dies könnte entweder einen offenen innenpolitischen Verfassungskonflikt provozieren oder aber Japan in eine außenpolitische Zerreißprobe führen, an deren Ende möglicherweise die gemeinsame Sicherheitsallianz mit den USA in Frage gestellt würde (GREEN und CRONIN 1999: 311–322; MAULL 2002: 260).

Für die Weiterentwicklung der US-Japanischen Sicherheitsallianz und eine institutionelle Aufwertung der JDA war die Schaffung des U.S.-Japan Security Consultative Committee Mitte der 1990er Jahre entscheidend. Die hier und im Prozess der »Defense Policy Review Initiative« (DPRI) im Mai 2006 erarbeiteten »gemeinsamen strategischen Zielsetzungen« als Bestandteil der »U.S.-Japan Roadmap for Realignment Implementation« (IISS 2006: 353–354) waren nicht nur für die Neu-

definierung der Sicherheitsallianz, ihres Aufgabenspektrums und der Verlegung von US-Truppen von Okinawa nach Guam entscheidend, sondern auch für die Neuausrichtung der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IISS 2007: 325–326). Dabei übernahm die JDA die Verhandlungsführung mit den USA und musste gleichzeitig die Koordination mit dem Außenministerium, dem Kabinettsbüro und anderen Regierungsinstitutionen sicher stellen.

Im Mittelpunkt der bündnispolitischen Kontroversen und innenpolitischen Diskussionen zur Zukunft des Bündnisses stand fortan vor allem die Unfähigkeit Japans, sein von der UN verbrieftes Recht zur kollektiven Selbstverteidigung auszuüben. Dies verhinderte 2001 eine größere militärpolitische Rolle als Bündnispartner der USA und verlangte nun innenpolitisch wie international nach einer Revision der tradierten Verfassungsinterpretation.

Auch wenn seit der Neudefinierung der US-Japanischen Sicherheitsallianz im Jahr 1996 und der Revision der Verteidigungsrichtlinien im Jahr 1997 eine Begrenzung des gemeinsamen Operationsgebietes der Verteidigungsallianz bereits zu jenem Zeitpunkt bewusst offen gelassen worden war (»areas surrounding Japan that will have an important influence on Japan's peace and security«) (HUGHES 2004: 98–105), so überraschte im November 2001 dann doch die Gesetzgebung zum Antiterrorgesetz und die Politik Tokyos. Nun galt es nicht nur, die »uneingeschränkte Solidarität« Japans mit den USA in dessen Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu erklären, sondern insgesamt auch 1 000 Marinesoldaten mit ihren Schiffen zur logistischen Unterstützung der USA, Großbritanniens, Kanadas und Frankreichs (rear area support) in den Indischen Ozean zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu entsenden. Allerdings durften die SDF bereits seit 1999 auch logistische Unterstützung für die US-Streitkräfte in kritischen Situationen in den bewusst nicht näher bestimmten »Regionen um Japan herum« leisten (TIDTEN 2003: 12).

Auch dieser Schritt Tokyos markierte einen deutlichen Kontrast zur »Scheckbuch-Diplomatie« Japans während des 2. Golfkrieges 1990–1991 und schaffte völlig neue Dimensionen hinsichtlich des Terminus der »Gebiete um Japan herum«. Es war zugleich das erste Mal seit 1945, dass die japanische Marine einen operativen Flottenverband in den Indischen Ozean schickte und dieser konkrete logistische Unterstützung einem anderen Land leistete. Überraschend war dabei auch, dass dies weder innen- noch außenpolitisch heftige Reaktionen hervorrief, hatte Japan doch bei der Verabschiedung der neuen Verteidigungsrichtlinien 1997 wiederholt aus dem In- und Ausland größere Kritik geerntet (TIDTEN 2002: 15).

Weitgehend unbeachtet blieb dabei, dass die japanischen Schiffe im Indischen Ozean dem US-Zentralkommando in Bahrein unterstellt wurden. Dies aber wi-

dersprach ebenfalls dem Verfassungsverbot einer Teilnahme Japans an kollektiver Verteidigung und einem Versprechen von Verteidigungsminister Nagatani, dass japanische Schiffe nicht unter ausländische Kontrolle gestellt würden. Am 19. November 2002 wurde schließlich das Anti-Terrorismugesetz vom November 2001 dahingehend erweitert, dass nun den SDF vor dem Hintergrund des Einsatzes im Indischen Ozean militärische Kooperationen (wie Transport militärischer Ausrüstung anderer Länder) mit einer Vielzahl anderer Länder erlaubt wurde. Dennoch blieb die Frage, inwieweit die japanische Öffentlichkeit auf diese neuen außenpolitische Schritte vorbereitet war, weitgehend unbeantwortet (NAKAGAWA 2002).

Demgegenüber blieb die Frage der Zukunft der US-Basen auf Okinawa, wo mehr als die Hälfte der US-Truppen in Japan stationiert sind, von Beginn an äußerst schwierig. Verständlicherweise will die lokale Bevölkerung Okinawas nicht länger die Hauptlast der US-Basen in Japan tragen. Im Rahmen von Sonderabkommen trägt Japan seit Mitte der 1990er Jahre zwei Drittel der Gesamtkosten der Stationierung von US-Einheiten auf Okinawa und bezahlt zu 100% die Kosten der zivilen Arbeitskräfte auf den US-Basen. Geostrategisch hat die Bedeutung Okinawas für die US-Streitkräfte in der asiatisch-pazifischen Region stetig zugenommen. Hierzu hat die anhaltende Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel ebenso beigetragen, wie die latenten Instabilitäten in der Taiwanstraße und die chinesische Aufrüstung vor allem seiner See- und Luftstreitkräfte.

Seit der Schaffung des »Special Action Committee on Facilities and Areas in Okinawa« (SACO) im November 1995 suchten beide Allianzpartner 20 Prozent des Landgebietes amerikanischer Militärbasen auf Okinawa zu reduzieren und die Futenma Marine Air Station in Ginowan (mitten auf Okinawa) zu verlegen. Doch andere Präfekturen Japans waren nicht willig, in ihrer Nähe neue US-Basen aufzubauen. Die Idee, einen Flugplatz aufs Meer hinaus vor Okinawa zu schaffen, wurde schließlich 1999 durch die Lokalbehörden von Okinawa untersagt. Die Verärgerung der lokalen Behörden war auch deshalb so groß, weil die japanische Gerichtsbarkeit und Polizei gemäß dem bilateralen »Status of Forces Agreement« (SOFA) nur sehr begrenzten Zugriff auf US-Soldaten hat. Aus Sicht der Bevölkerung Japans hat dies wiederholt einen Mangel an Sensitivität der US-Streitkräfte gegenüber dem Gastland gezeigt, der bei Gewaltverbrechen von US-Soldaten stets zu noch lauterem Forderungen nach einem vollständigen Abzug der US-Basen von Okinawa geführt hat. Beide Bündnispartner versuchen, einen Teil der lokalen Vorbehalte durch das neue SOFA-Abkommen vom April 2004 zu begegnen, das der japanischen Gerichtsbarkeit und Polizei die Verfolgung verdächtiger US-Soldaten, die Verbrechen begangen haben, erleichtert (HUGHES 2004: 105–107).

In einem Abkommen vom April 2006 hat sich Japan nun verpflichtet, mit mehr als 6 Milliarden US-Dollar der insgesamt auf 10 Milliarden US-Dollar bezifferten Gesamtkosten der Verlegung von 8 000 US-Soldaten und deren 9 000 Familienangehörigen von Okinawa auf das amerikanische Territorium Guam zu finanzieren. Die anvisierte Umstrukturierung der US-Streitkräfte in Japan und Okinawa soll bis 2014 abgeschlossen sein (KARNIOL 2006).

Auch der Nachfolger von Premierminister Koizumi, Shinzō Abe, sah während seiner kurzen Amtszeit von September 2006 bis zu seinem Rücktritt im September 2007 in der Stärkung der Sicherheitsallianz mit den USA das wichtigste außenpolitische Instrument Japans. Aus seiner Sicht kann Japan nur durch eine Stärkung der eigenen bzw. einer gleichgewichtigeren Rolle die Sicherheitsallianz mit den USA wahren. Dies aber setzt eine stärkere militärische Kooperation mit den USA ebenso voraus wie die Aufhebung des selbst auferlegten Verbots an kollektiven Verteidigungseinsätzen der SDF (IISS 2007: 329).

4 Zusammenfassung und Perspektiven

Die Neuausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss als evolutionäre Entwicklung bereits seit Mitte der 1990er Jahre betrachtet werden und ist nicht allein Folge der Terrorangriffe vom 11. September 2001. So war eine Verschlechterung des außenpolitischen Umfeldes im Zuge der Koreakrise bereits ab 1994 und des chinesischen Säbelrassels in der Taiwanstraße 1996 der Auftakt für die Neuausrichtung sowohl der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik als auch für die Neudefinierung der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz. Die ballistischen Raketentests Nordkoreas 1998 wirkten dann bereits als ein erster Katalysator dieser Neuausrichtung, die zu dem gemeinsamen TMD-Programm führten. Erleichtert wurde diese Neuausrichtung nach 1996 auch durch den innenpolitischen Umstand, dass die SDPJ und andere Linksparteien Japans zunehmend an Glaubwürdigkeit in der japanischen Öffentlichkeit verloren hatten und noch weniger überzeugende Antworten auf die neuen Herausforderungen und sicherheitspolitischen Bedrohungen offerierten.

Der 11. September 2001 war dann der eigentliche Katalysator dieser Neuausrichtung. Er führte bereits Ende 2001 zu bemerkenswerten außen- und sicherheitspolitischen Umorientierungen in Japan. Dabei drängten auch die SDF und JDA auf grundlegende Änderungen des Nationalen Verteidigungsplans als strategische Grundlage der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wie bereits in den 1990er Jahren beobachtet werden konnte. Die Auswirkungen des 11. September

2001 und der Terroranschläge sowie die aufgedeckten Terrornetze in Südostasien (vor allem in Indonesien) hatten das japanische Verwundbarkeitsgefühl aus den 1990er Jahren und die häufig eher pessimistischen Zukunftsaussichten Japans noch weiter gestärkt. Während Anfang der 1990er Jahre ein Wiederaufleben des japanischen Patriotismus und auch Nationalismus als Folge der wirtschaftlichen Stärke und einer optimistischen Zukunftssicht festgestellt werden konnte, so war nun die pessimistische Zukunftssicht und das Gefühl einer gewissen außenpolitischen Isolation verantwortlich für die Stärkung patriotischer und nationalistischer Grundströmungen in der Innenpolitik Japans. In Verbindung mit der innenpolitischen Koalition zentristischer und nationalistischer politischer Kräfte hat dies zu neuen Diskussionen über die nationale Identität geführt, die sich künftig auch in einer ausgeprägteren Behauptungsstrategie (*assertiveness*) von größerer nationaler Autonomie und Interessenmaximierung in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik niederschlagen könnte.

Die sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen der Koizumi-Ära von 2001 bis 2006 sind auch durch den Umstand erleichtert worden, dass die für japanische Verhältnisse lange Amtszeit von fünfzehn Jahren (nur zwei Vorgänger regierten länger) eine politische und wirtschaftliche Stabilität nach der »Stagnationsdekade« der 1990er Jahre bot, um mit Entschiedenheit statt der traditionellen Zurückhaltung umfangreichere innen-, wirtschafts- und verteidigungspolitische Reformen voranzubringen.

Die Neuausrichtung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der von April 2001 bis September 2006 verantwortlichen Koizumi-Regierung muss somit auch im Zusammenhang einer reformorientierten Innen- und Außenpolitik gesehen werden. Der Regierungsstil bildete einen starken Kontrast zur Vergangenheit, da die Koizumi-Regierung mit einem wohl der erfolgreichsten Regierungschefs seit 1945 nicht länger auf eine Konsensbildung über die Parteigrenzen hinweg wartete, sondern mit ihren Initiativen und Beschlüssen zugleich eine ganze Reihe »vollendeter Tatsachen« zu schaffen suchte. Dabei blieb auch für seinen Nachfolger Shinzō Abe und seine Regierung die Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Vorgängers auf eine stärkere Selbstbehauptung im militärischen Bereich verpflichtend.

Die »Normalisierung« der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik findet jedoch noch immer wesentlich im Rahmen der gemeinsamen Sicherheitsallianz mit den USA statt, auch wenn gewisse Autonomiebestrebungen erkennbar sind. Gerade deshalb ist Japan jedoch gezwungen, seine traditionelle Verteidigungspolitik einer »Globalisierung« zu unterwerfen und international mit der verstärkten Involvierung seiner SDF größere politische Verantwortung zu tragen. Dies wird nicht

nur aus Gründen der Beibehaltung der Sicherheitsallianz für notwendig erachtet, sondern auch aus Gründen einer zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und strategischen Rivalität mit China inner- und außerhalb Ostasiens. Koizumi hoffte, die Stärkung der Sicherheitsallianz mit den USA und der japanischen Rolle im Bündnis mit einer Reduzierung der US-Truppen vor allem auf Okinawa innenpolitisch erkaufen zu können. Doch die DPRI trafen auf politischen Widerstand sowohl in seiner eigenen Partei als auch bei den Oppositionsparteien sowie auf lokaler Ebene und hinterlassen seinen Nachfolgern auch in der Verteidigungspolitik ein schweres Erbe.

Zudem gab es immer wieder neue Irritationen in der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft mit den USA. Während aus amerikanischer Sicht die Verhandlungsführung Tokyos in Bezug auf Re-Dislozierung von US-Truppen auf japanischem Territorium immer wieder zu Ärger führte, die japanische Haltung in den Sechsparteien-Gesprächen zur Lösung der Nuklearkrise auf der koreanischen Halbinsel auch in Washington als wenig flexibel und pragmatisch kritisiert wurde, wurde nun in Japan die US-Politik im Irak immer stärker kritisiert. Dies führte im Juli 2006 zum Abzug der japanischen Bodentruppen aus dem Irak. Die Kritik japanischer Regierungsmitglieder an der amerikanischen Irak-Politik musste wiederum zu Enttäuschung in der Bush-Administration führen und neue Fragen hinsichtlich der Zukunft der gemeinsamen Sicherheitsallianz aufwerfen. Politisch brisant wurde im US-Kongress und der amerikanischen Öffentlichkeit zudem die mangelnde historische Aufarbeitung Japans hinsichtlich seiner militaristischen Aggressionspolitik und der japanischen Besatzungspolitik in China und Korea, die in den Kontroversen über die »comfort women« immer wieder zum Ausdruck kommt. So blieb der Besuch von Ministerpräsident Abe vom 26.–27. April 2007 in Washington weitgehend ohne konkrete Resultate der Stärkung der Sicherheitskooperation und einer gemeinsamen Deklaration zur Zusammenarbeit bei Energie- und Klimafragen, wie dies zunächst angekündigt worden war.

Trotz der Neuausrichtung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Koizumi-Ära ist bisher keine grundsätzliche Abkehr von der defensiven Verteidigungspolitik zu erkennen. Insofern ist eine »Normalisierung« der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu konstatieren, deren vermeintlich bedrohlicher Charakter von der chinesischen Regierung auch für den eigenen Nationalismus in der Innen- und Außenpolitik instrumentalisiert wird.

Trotz der unbestreitbaren Erfolge der Koizumi-Regierung hat sie ihren Nachfolgern auch schwere Hypotheken hinterlassen. Dies gilt nicht nur für die Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern auch für die Außen- und Verteidigungspolitik. So haben sich die Beziehungen Japans mit China und Südkorea aufgrund des wieder-

holten Besuches des Yasukuni Schreins durch Premierminister Koizumi und der mangelnden historischen Aufarbeitung der Verbrechen der japanischen Streitkräfte vor und während des Zweiten Weltkriegs erheblich verschlechtert. Zudem ist die verteidigungspolitische Neuausrichtung noch keineswegs abgeschlossen. Dies gilt für eine Vielzahl der DPRI-Beschlüsse zur Neustrukturierung der Streitkräfte, die Revision des Friedensartikels IX der Verfassung, der verstärkten Beteiligung der SDF nicht nur an internationalen Peacekeeping-Einsätzen gemäß Kap. VI der UN-Charta, sondern auch jenen entsprechend Kap. VII der UN-Charta zur Friedenserzwingung und -durchsetzung sowie der Schaffung eines nationalen Sicherheitsrates als übergreifendes Koordinationsorgan der Regierung in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen.

In der einjährigen Amtszeit von Premierminister Abe gelang es nur, die Beziehungen mit China zu verbessern. Das Verhältnis zu Südkorea blieb unerschütterlich weitgehend von Misstrauen und Irritationen geprägt. Demgegenüber wurden neue sicherheitspolitische Partnerschaften Japans mit Indien, Australien und auch Europa (einschließlich der Annäherung an die NATO) forciert. Dabei gelten die engeren militärpolitischen Beziehungen Tokyos zu Indien und Australien als eine Art militärisch-politische Versicherungspolice gegenüber einem aus japanischer Sicht erwachenden, ruhelosen, militärisch immer stärker werdenden und von zunehmendem Nationalismus geprägten China.

Trotz der weiterhin auferlegten außenpolitischen und verfassungsrechtlichen Beschränkungen, die jedoch aufgeweicht wurden und in den nächsten Jahren einer größeren verfassungsrechtlichen Revision unterzogen werden sollen, ist unverkennbar, dass der »japanische Samurai« erwacht ist und dass Japan künftig mit seinen Streitkräften als eine der modernsten und schlagkräftigsten in Ostasien auch global eine größere Rolle spielen wird. Daher wird nicht nur die chinesische Aufrüstung künftig verstärkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft finden. Sollten sich die positiven Indikatoren auf der koreanischen Halbinsel und der Sechs-Parteien-Gespräche weiter verstärken und eine diplomatische Verhandlungslösung im Sinne eines vollständigen und verifizierbaren Verzichts Nordkoreas auf Nuklearwaffen bestätigen und zu einer Normalisierung der Beziehungen mit Pjöngjang führen, dann allerdings dürfte die chinesische Aufrüstung und Außenpolitik noch stärker in den Blickwinkel der japanischen Sicherheitspolitik geraten und die Bedrohungsperzeptionen in Japan determinieren. In diesem Sinne ist es zu begrüßen, wenn die EU und auch das deutsche Verteidigungsministerium ihre sicherheits- und militärpolitischen Beziehungen mit Japan sowie mit China weiter ausbauen und vertiefen.

Literatur

- AOI, CHIYUKI (2007), »Peace Support Operations: Contemporary Challenges and the Role of Japan«, in: *RIPS Policy Perspectives*, No. 3, Tokyo, March 2007
- BAGINDA, ABDUL RAZAK ABDULLAH (1994), *Japan's Security Policy in the Post-Cold War Era. Towards the Enhancement of its Security Ties*, Kuala Lumpur
- BALL, DESMOND (1993), »Strategic Culture in the Asia-Pacific Region«, in: *Security Studies*, Autumn, S. 44–74
- BICKERS, CHARLES (2001), »Extending Tokyo's Reach«, in: *FEER*, 18.1.2001, S. 26–27
- BOYD, ALAN (2003), »Awakening Japan's Sleeping Defense Giant«, in: *Asia Times*, 28.5.2003
- CHAPMAN, JOHN, REINHARD DRIFTE und IAN GOW (1983), *Japan's Quest for Comprehensive Security: Defence, Diplomacy and Dependence*, London/New York
- COSSA, RALPH A. (Hrsg.) (1997), *Restructuring the U.S.-Japan Alliance – Toward a More Equal Partnership*, Washington D.C.
- COUNCIL ON SECURITY AND DEFENSE CAPABILITIES (2004), *Japan's Vision for Future Security and Defense Capabilities*, Tokyo: Prime Minister's Office
- CURTIS, GERALD L. (Hrsg.) (2000), *New Perspectives on U.S.-Japan Relations*, Tokyo
- DEE, MOREEN, MAX SUICH und GARY WOODARD (2007), *Negotiating the Australia-Japan Basic Treaty of Friendship and Cooperation: Reflections and Afterthoughts*, Asia Pacific Economic Papers, No. 362, Canberra
- DRIFTE, REINHARD (1996), *Japan's Foreign Policy in the 1990s. From Economic Superpower to What Power?*, Oxford
- DRIFTE, REINHARD (2000), *Japan's Quest for a Permanent Security Council Seat. A Matter of Pride or Justice?*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London
- ENDO TETSUYA (2007), »How Realistic is a Nuclear-Armed Japan?«, in: *AJISS-Commentary*, No. 8, Tokyo, 20 July 2007
- FARRER, MARK (2003), »Grand Strategy and the Pacific«, in: *A-PDR*, Juli–August 2003, S. 49–51
- FOUSE, DAVID (2004), *Japan's Post-Cold War North Korea Policy. Hedging toward Autonomy?*, Asia-Pacific Studies Center, Occasional Papers, Februar 2004
- FUNABASHI, YOICHI (1999), *Alliance Adrift*, New York, S. 265–266
- FUNABASHI, YOICHI (2000), »Japan's Moment of Truth«, in: *Survival*, Winter 2000–2001, S. 73–84

- FUNABASHI, YOICHI (2003), *SDF Must Rebuild Iraq, not merely Back U.S. Offensive*, PacNet Newsletter, Nr. 40, 25.9.2003
- GLOSSERMAN, BRAD und YUMIKO NAKAGAWA, (2002), *Trust Japanese Democracy*, PacNet Newsletter
- GRAY, COLIN S. (1999), »Strategic Culture as Context: The First Generation of Theory Strikes Back«, in: *Review of International Studies* 1999, S. 49–69
- GREEN, MICHAEL J. (1995), *Arming Japan. Defense Production, Alliance Politics, and the Postwar Search for Autonomy*, New York
- GREEN, MICHAEL und PATRICK M. CRONIN (1999), »From Reaffirmation to Redefinition – An Agenda for the Future«, in: GREEN, MICHAEL und PATRICK M. CRONIN, (Hrsg.) (1999), *The U.S.-Japan Alliance – Past, Present, and Future*, New York, S. 311–322
- GSN (= GLOBAL SECURITY NEWSWIRE) (2003), »One Fifth of Japan's Lower House Support Consideration of Going Nuclear«, 11.11.2003
- HARRISON, SELIG S. (Hrsg.) (1996), *Japan's Nuclear Future. The Plutonium Debate and East Asian Security*, Washington D.C.
- HASHIMOTO, MOTOHIDE (1997), »Security in Southeast Asia and the Role of Japan«, in: *IIPS Policy Paper* 172E Tokyo, Mai 1997
- HIYOSHI, AKIA (2007), »The New Defense Ministry Raises Japan's Profile Overseas«, in: *AJISS-Commentary*, No. 5, The Association of Japanese Institutes of Strategic Studies, 1.6.2007
- HUGHES, CHRISTOPHER W. (2004), »Japan's Re-emergence as a ›Normal‹ Military Power«, in: *Adelphi-Paper* 368–9, Oxford-New York, November 2004
- HUGHES, CHRISTOPHER W. und ELLIS S. KRAUSS (2007), »Japan's New Security Agenda«, in: *Survival*, Vol. 49 No. 2, Summer 2007, S. 157–176
- HUNSBERGER, WARREN S. (Hrsg.) (1996), *Japan's Quest. The Search for International Role, Recognition, and Respect*, London, New York
- IISS, JAPAN (2006), »Evolving Security Policy«, in: *IISS*, Strategic Survey 2006, London, S. 353–367
- IISS, JAPAN (2007), »Active Diplomacy«, in: *IISS*, Strategic Survey 2007, London, S. 324–340.
- ISHIGAKI, YASUJI (2006), *Japan's Strategic Vision for Asia and its Partnership with Australia*, Working Paper No. 136, Perth, September
- ITO, GO (2007), »Participation in UN Peacekeeping Operations«, in: BERGER, THOMAS U., MIKE M. MOCHIZUKI und JITSO TSUCHIYAMA (Hrsg.), *Japan in International Politics. The Foreign Policies of an Adaptive State*, Boulder-London, S. 75–95
- JAPAN DEFENCE AGENCY (JDA) (2006), *Defense of Japan 2006*, Tokyo

- JOHNSTON, ALASTAIR IAIN (1995), »Thinking about Strategic Culture«, in: *International Security*, Spring, S. 32–64
- JONES, DAVID R. (1990), »Soviet Strategic Culture«, in: CARL G. JACOBSON (Hrsg.), »Strategic Power: USA/USSR«, Basingstoke/London, S. 35–49
- KARNIOL, ROBERT (2003), »Japan's Joint Approach«, in: *Jane's Defence Weekly (JDW)*, 14.5.2003, S. 23
- KARNIOL, ROBERT (2006), »Japan to Aid US with Relocation«, in: *JDW*, 3.5.2006, S. 16
- KATZENSTEIN, PETER J. (Hrsg.) (1996), *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York
- KERR, PAULINE (1998), *Researching Security in East Asia: From »Strategic Culture« to »Security Culture«*, Working Paper No. 326, Strategic and Defence Studies Centre (Australian National University), Canberra, August
- KEVENHÖRSTER, PAUL und DIRK NABERS (2003), *Japans umfassende Sicherheit*, Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 364
- KOJI, MURATA (2003), »A False Sense of Security«, in: *Look Japan*, September 2003, S. 19
- KRUGER, DAVID (2002), »Never Say Nuclear«, in: *Far Eastern Economic Review (FEER)*, 4.7.2002, S. 16–17
- LAGUE, DAVID und SEBASTIAN MOFFET (2003), »A New Menace Makes Japan Rethink«, in: *FEER*, 27.2.2003, S. 13–14
- LIM, ROBYN (2007), »Japan and Australia: A Bridge Too Far?«, in: *FEER*, Vol. 170, No. 3, April 2007, S. 33–35
- LINCOLN, EDWARD J. (2003), »Japan: Using Power Narrowly«, in: *Washington Quarterly*, Winter 2003–04, S. 111–127
- MASASHI, NISHIHARA (Hrsg.) (2000), *The Japan-U.S. Alliance – New Challenges for the 21st Century*, Tokyo.
- MASUDA, MASAYUKI (2003), »Japan's Changing ODA-Policy Towards China«, in: *China Perspectives*, May-June 2003
- MATTHEWS, EUGENE A. (2003), »Japan's New Nationalism«, in: *Foreign Affairs*, November-December, S. 74–90
- MAULL, HANNS W. (1990/91), »Germany and Japan: The New Civilian Powers«, in: *Foreign Affairs*, Winter, S. 91–106
- MAULL, HANNS W. (2002), »Japan – Gescheiterte Ambitionen als globale und regionale Zivilmacht in Ostasien«, in: FERDOWSI, MIR A. (Hrsg.), *Internationale Politik*, München 2002, S. 247–273
- MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS (2007), *Why Peacebuilding Assistance?*, Tokyo, März 2007

- MOCHIZUKI, MIKE M. (1995), »Japan as an Asia-Pacific Power«, in: ROSS, ROBERT S. (Hrsg.), *East Asia in Transition. Toward a Regional Order*, Singapore-New York, S. 124–159
- MOCHIZUKI, MIKE M. (Hrsg.) (1997), *Toward a True Alliance*, Washington, D.C.
- NABERS, DIRK (2000), *Kollektive Selbstverteidigung in Japans Sicherheitsstrategie*, Hamburg: Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr. 326
- NABERS, DIRK (2005), *Allianz gegen den Terror. Deutschland, Japan und die USA*, Wiesbaden
- NABERS, DIRK (2006), »Krise und Identitätswandel – Japanische Sicherheitspolitik seit Beginn der 90er Jahre«, in: *Die Friedens-Warte* 3-4/2006, S. 43–60
- NABERS, DIRK (2007), »Japan diskutiert Abkehr von der ›Friedensverfassung‹«, in: *GIGA Focus Asien*, Nr. 5
- NAKAGAWA, YUMIKO (2002), »Pacifist or ›Normal‹?«, in: *International Herald Tribune*, 10.12.2002
- NODA, EIJIRO (1997), »Turning to Asia. Japan's New Orientations«, in: *World Affairs*, 1/1997, S. 138–148
- O'HANLON, MICHAEL (2007), »A Defense Posture for Multilateral Security«, in: BERGER, THOMAS U., MIKE M. MOCHIZUKI und JITSU TSUCHIYAMA (Hrsg.), *Japan in International Politics. The Foreign Policies of an Adaptive State*, Boulder-London, S. 97–111
- OKAWARA, NOBUO und PETER J. KATZENSTEIN (2001), »Japan and Asian-Pacific Security: Regionalization, Entrenched Bilateralism and Incipient Multilateralism«, in: *The Pacific Review* 2/2001, S. 165–194
- POHL, MANFRED (2001), »Japans Reaktionen auf die Terroranschläge vom 11. September«, in: *Japan aktuell*, Dezember 2001, S. 567–575
- POHL, MANFRED (2003), »Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Japans«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B35-36/2003, S. 7–15
- RADTKE, KURT W. und RAYMOND FEDDEMA (Hrsg.) (2000), *Comprehensive Security in Asia. Views from Asia and the West on a Changing Security Environment and Their Implications for Europe*, Leiden-Boston-Köln
- ROZMAN, GILBERT (2002), »Japan's Quest for Great Power Identity«, in: *Orbis*, Winter 2002, S. 73–91
- SATO, YOICHI (2003), *The GSDF will Go to Iraq without a Blue Helmet*, PacNet-Newsletter, Nr. 32, 31.7.2003
- SCHLICHTMANN, KLAUS (2001), »The Constitutional Abolition of War in Japan. Monument of a Culture of Peace?«, in: *Internationales Asienforum* 1-2/2001, S. 123–149

- THOMPSON, PAUL (2003), »Japan Reveals More Detail of New Carrier«, in: *Jane's Defence Weekly (JDW)*, 17.9.2003, S. 13
- TIDTEN, MARKUS (2002), *Meldet sich Japan in der Außenpolitik zurück?*, SWP-Studie, Berlin, Mai 2002. S. 15
- TIDTEN, MARKUS (2003), *Japans Militär. Neuer Auftrag und alte Grenzen?*, SWP-Studie, Berlin, Juni 2003. S. 23
- TIDTEN, MARKUS (2006), *Atommacht Japan? Nein danke, aber ...*, SWP-Aktuell 59, Berlin, Dezember 2006
- TSUCHIYAMA, JITSUO (2007), »War Renunciation, Article 9, and Security Policy«, in: BERGER, THOMAS U., MIKE M. MOCHIZUKI und JITSUO TSUCHIYAMA (Hrsg.), *Japan in International Politics – The Foreign Policies of an Adaptive State*, Boulder, S. 47–73
- UMBACH, FRANK (1999a), »The World Gets Wise to P'yongyang's Nuclear Blackmail – Part One«, in: *Jane's Intelligence Review (JIR)*, September 1999, S. 33–36
- UMBACH, FRANK (1999b), »The World Gets Wise to P'yongyang's Nuclear Blackmail – Part Two«, in: *JIR*, Oktober 1999, S. 35–39
- UMBACH, FRANK (2000a), »The Future of the U.S.-Japanese Security Alliance«, in: MOLS, MANFRED und JÖRN DOSCH (Hrsg.), *International Relations in the Asia-Pacific. New Patterns of Interest, Power and Cooperation*, Münster – New York, S. 111–154
- UMBACH, FRANK (2000b), »Military Balance in the Asia-Pacific: Trends and Implications«, in: ANTHONY, MELY C. und MOHAMED JAWHAR HASSAN (Hrsg.), *The Asia Pacific in the New Millennium. Political and Security Challenges* (14th Asia-Pacific Roundtable, June 2000, ISIS, Malaysia), Kuala Lumpur 2001, S. 331–386
- UMBACH, FRANK (2000c), »Der Einfluß der Finanzkrise auf das ostasiatische Wettrüsten und die regionalen Sicherheitskooperationen«, in: REITER, ERICH et al. (Hrsg.), *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000*, Hamburg, Berlin, Bonn, S. 859–882
- UMBACH, FRANK (2000d), »Nuclear Proliferation Challenges in East Asia and Prospects for Cooperation – A View from Europe«, in: RADTKE, KURT W. und RAYMOND FEDDEMA (Hrsg.), *Comprehensive Security in Asia. Views from Asia and the West on a Changing Security Environment and Their Implications for Europe*, Leiden, Boston, Köln, S. 66–133
- UMBACH, FRANK (2001), »Strategic Trends of Global Denuclearization and Nuclearization – Implications for Japan's Security Policies, Regional Stability and the TMD-Debate in East Asia«, in: *Hiroshima Peace Science*, No. 27, April 2001, S. 63–118

- UMBACH, FRANK (2002), *Kooperation oder Konflikt in Asien-Pazifik? Chinas Einbindung in regionale Sicherheitsstrukturen und die Auswirkungen für Europa*, München
- UMBACH, FRANK (2006), »Energiesicherheit und Energiestrategie Japans«, in: GU, XUEWU; KUPFER, KIRSTEN (Hrsg.), *Energie und Sicherheit in Ostasien – globale Dimensionen der Wachstumsregion*, Frankfurt a.M., New York: Campus-Verlag, S. 41–60
- WAGENER, MARTIN (2000), »Raketenabwehrpläne der USA im Lichte der strategischen Rolle Japans«, in: POHL, MANFRED (Hrsg.), *Japan 1999/2000. Politik und Wirtschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 92–139
- YAMAMOTO, YOSHINOBU (2007), »Strengthening Security Cooperation with Australia: A New Security Means for Japan«, in: *AJISS-Commentary*, No. 13, 9.10.2007
- ZULKARNEN, ISAAK (2001), »Japan Approves Defence Procurement Plan«, in: *Asia Defence Journal* 1 & 2 / 2001, S. 58
- YOMIURI SHINBUN (2007), »Japan Hosts 7-nation WMD drill«, 14.10.2007, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/world/20071014TDY01303.htm>